



AUSGABE 9 · 36. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 14.9.2005

Krankenhäuser

S. 3

Investitionsstopp für die Krankenhäuser? Die Regierung: Rot-Grün ist zu viele Verpflichtungen eingegangen. Denen habe seinerzeit Schwarz-Gelb selber zugestimmt, entgegnete die Opposition in der Aktuellen Stunde.

Schulwahl

S. 4

Mit Wegfall der Schulbezirksgrenzen ab 2008 sollen die Eltern die Grundschule für ihre Kinder selbst auswählen dürfen. Die Opposition ist dagegen und befürchtet, dass es bald Schulen für Arm und Reich gibt.

Vogelgrippe

S. 12

Die Landesregierung sieht NRW auf einen möglichen Ausbruch der Vogelgrippe gut vorbereitet. Das wurde im Gesundheitsausschuss des Landtags deutlich.

Geschichte

S. 17

Vor 27 Jahren erklärte der damalige Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) seinen Rücktritt. Ein Bericht über den Ablauf und die Hintergründe des Geschehens, das in der Kühn-Nachfolge die Ära Rau begründete.

Früher hat NRW mehrmals politische Entwicklungen im Bund angestoßen. Wenn die letzte Landtagswahl als Maßstab genommen wird, dann kann auch in Berlin ein Regierungswechsel anstehen. Egal welche Koalition das Ergebnis der Bundestagswahl ermöglicht – ist diese Wechselstimmung wieder so ein NRW-Impuls oder handelt es sich um eine Grundströmung in der deutschen Bevölkerung? Die Zeiten, in denen die Wählerinnen und Wähler an Rhein und Ruhr maßgeblich das Ergebnis von Bundestagswahlen beeinflusst haben, scheinen mit der deutschen Einheit vorbei. Das zahlenmäßige Gewicht von NRW ist geschrumpft – damit auch der politische Einfluss in Berlin? Der Schwerpunkt dieses Hefts wendet sich dieser Frage zu (Seiten 9 bis 11).

Montage: Schälte

Regierungskontrolle

Spannende Zeiten auch im Landtag: Nach schwarz-gelbem Koalitionsvertrag und Regierungserklärung fühlen jetzt die Ausschüsse den Fachministern auf den Zahn. Die neuen Kabinettsmitglieder stehen den Abgeordneten Rede und Antwort über die politischen Schwerpunkte der 14. Wahlperiode in ihren Ressorts. Die Abgeordneten hören, vor allem wenn sie von der Opposition sind und darum besonderen Grund sehen, der Regierung auf die Finger zu schauen, genau hin: Stimmt das Gesagte überein oder gibt es Unterschiede zu Regierungserklärung und Koalitionsvertrag? Werden vielleicht neue Akzente gesetzt? Darüber lässt sich trefflich debattieren. Berichte aus den Ausschüssen auf den Seiten 12 bis 16.

NRW und der Bund –
über die Wahl hinaus spannend

Inhalt

Inhalt/Editorial	2
„Ich storniere gar nichts!“	3
<i>Koalition: Rot-Grün hat Krankenhäusern leichtfertig Fördermittel bewilligt</i>	
Wiederkehr der Taxi-Mütter?	4
<i>Koalition verteidigt geplante Abschaffung der Schulbezirke</i>	
„Ich bin das Rüttgers-Geschenk“	5
<i>Koalition und Opposition streiten über die neu eingestellten Lehrkräfte</i>	
Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke	6
<i>SPD-Fraktion will am Ausstieg aus der Kernenergie festhalten</i>	
Mittelstand im Fokus	6
Kreuzzug gegen die Windkraft?	7
<i>Regierung bereitet neuen Erlass vor</i>	
Kreditgeber des Mittelstandes	8
<i>Diskussion über die zukünftige Rolle der Sparkassen</i>	
Doppelprüfungen vermeiden	8
Stimmabgabe per Computer	9
Daten zur Wahl	9
Wahl in Berlin – was bringt's für NRW?	9
„Keine Bundesregierung kann gegen NRW regieren“	10 – 11
<i>Interviews mit den Sprecherinnen und Sprechern des Hauptausschusses</i>	
Kein Anlass zur Panik im Land	12
<i>„NRW ist Spitzenreiter bei den Vorkehrungen gegen Vogelgrippe“</i>	
„Nordrhein-Westfalen wird entfesselt“	13
<i>Weniger Staat und mehr Selbstbestimmung für die Bürger</i>	
Transrapid wieder auf der Tagesordnung	14
<i>Umfangreiches Arbeitsprogramm in der Bau- und Verkehrspolitik</i>	
Keine Bildung ohne Werte	15
<i>Ministerin Barbara Sommer stellt Eckpunkte der Schulpolitik vor</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
„Sie waren ein guter Demokrat“	17
<i>Vor gut einem Vierteljahrhundert: Heinz Kühn tritt zurück</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Dr. Michael Vesper (GRÜNE)	19
Fußball für einen guten Zweck	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

15 Millionen Euro kostet die Wahl

Nordrhein-Westfalen wählt, der Rest der Republik auch. Nur der Wahlkreis 160 in Dresden könnte zum Zünglein an der Waage werden, weil dort die etwa 219.000 Menschen durch den Tod einer Direktkandidatin zur Nachwahl gebeten werden. Die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer vor Ort haben jetzt jede Menge zu tun, um die Nachwahl zu organisieren. In NRW bereiten sich derzeit 110.000 Wahlvorstände auf den 18. September vor.

Wer noch nicht per Briefwahl seine Kreuzchen gemacht hat, kann am nächsten Sonntag von 8 bis 18 Uhr seine zwei Stimmen in einem der 16.500 Wahllokale im bevölkerungsreichsten Bundesland abgeben.

Wahlen kosten viel ehrenamtliches Engagement und Geld. Seit Wochen sind in NRW fleißige Helferinnen und Helfer damit beschäftigt, die vorgezogene Bundestagswahl vorzubereiten. In Düsseldorf zum Beispiel werden die elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wahlamtes von 40 Studierenden unterstützt. Und dies seit dem 15. August, ihr Engagement endet am 23. September. Bezahlt werden die Studenten nach BAT VIII. Am Wahltag selbst gibt es für die Wahlvorstände je nach Tätigkeit zwischen 30 und 100 Euro.

FLEISSIGE HELFER

Die Nachbarstadt Duisburg bewältigt die Arbeit im Wahlamt mit zusätzlichen Helfern von der Feuerwehr, Teilzeitkräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zurzeit beurlaubt sind. Die Stadt mit über einer halben Million Einwohnern zahlt am Wahltag ihrem Wahlvorstand, der die Wahlen vor Ort durchführt, zwischen 25 und 35 Euro. Zum Vergleich: In Ennepetal schafft das Wahlamt die Arbeit mit eigenen Leuten und entlohnt den Wahlvorstand am 18. September für den Einsatz mit 40 Euro, jeder bekommt dort das Gleiche.

15 Millionen Euro hat das Innenministerium beim Bund an Kosten für die Wahl in NRW angemeldet. Nach dem Wahlgesetz ist es so, dass die Kosten vom Bund erstattet werden, und das Land verteilt die Gelder an die Kommunen, um die dort entstandenen Kosten auszugleichen.

Mit dem vorläufigen Ergebnis rechnet die Landeswahlleitung am 18. September gegen 19.15 Uhr. Wer sich übers Netz über die aktuellen Zahlen informieren möchte, findet den Link ganz einfach unter www.wahlen.lids.nrw.de/bundestagswahlen/2005/index.html

Ungeachtet aller Kosten und Abrechnungsdetails, das Wichtigste in jedem Fall: Wahlen gehen!

SH

„Ich storniere gar nichts!“

Koalition: Rot-Grün hat Krankenhäusern leichtfertig Fördermittel bewilligt

Der von Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) angekündigte Sparkurs bei der Krankenhausfinanzierung beschäftigte jetzt auch den Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde. Die rot-grüne Landesregierung habe den Krankenhäusern über Jahre etliche Millionen mehr bewilligt als in der Kasse gewesen seien, so der Vorwurf der Koalition. Rot-Grün hingegen sagt: Zu Zeiten, als sich Schwarz-Gelb noch in der Opposition befand, hätten diese stets auf eine Erhöhung der Krankenhausfinanzierung gepocht.

Rudolf Henke (CDU) beschuldigte die SPD, sie versuche die Öffentlichkeit mit „unverantwortlichen Behauptungen“ von einem „Investitionsstopp für Krankenhäuser“ zu verunsichern. Henke: „Es gibt keine Investitionsstopps für Krankenhäuser, sondern alle im Rahmen von Verpflichtungsermächtigungen der alten Landesregierung bereits bewilligten Mittel werden weiter ausbezahlt.“ Bei der Regierungsübernahme habe Schwarz-Gelb jedoch mit Schrecken feststellen müssen, dass die alte Landesregierung den Krankenhäusern über Jahre hinweg „großspurig ein Drittel mehr künftige Investitionen versprochen hat, als im jeweiligen Haushaltsjahr an Barmitteln vorgesehen war“. Von 2000 bis 2005 habe sich daraus eine Differenz von 363,2 Millionen Euro ergeben. Das habe zur Folge, dass weitere Bewilligungen frühestens 2008 wirksam würden.

gescholten werde, dass ich zu viel für die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen getan habe“, so Fischer. Die doppelte Krankenhausfinanzierung lege fest, dass die Krankenhäuser für die Patientenversorgung aufkommen müssen, während das Land für die Investitionskosten zuständig ist. „Wenn bei den Krankenhäusern ein Modernisierungsdruck besteht, dann muss das Land alle Kraft aufwenden, um die Krankenhäuser zu unterstützen.“ Der Regierung warf sie vor: „Sie verspielen gerade die Planungssicherheit für die Häuser.“

Dr. Stefan Romberg (FDP) stellte fest: „Jedem Bürger wird auch in Zukunft im Krankheitsfall ein leistungsfähiges wohnortnahes Krankenhaus zur Verfügung stehen.“ Der von der SPD prophezeite Untergang der Krankenhäuser sei Unsinn. Die Tatsache, dass der Minister bei seinem Amtsantritt genötigt wurde, für die kommenden zwei Jahre keine Bewilligungsbescheide auszustellen, gehe eindeutig auf das Konto der alten Landesregierung. Es sei

die Ex-Ministerin Fischer über ihre Amtszeit hinaus Bewilligungen in Höhe von 580 Millionen Euro unterschrieben habe. „Frau Fischer, Sie haben ein schäbiges Politikver-

ständnis, wenn Sie für die Jahre 2006 bis 2011 so viele ungedeckte Schecks ausgestellt haben.“

Dadurch sei die Handlungsfähigkeit der Landesregierung „massiv eingeschränkt“.

Barbara Steffens (GRÜNE) erinnerte an eine Ausschussdebatte zum Thema Krankenhausfinanzierung aus dem Jahre 2002:

Damals habe sich die CDU vehement für eine dauerhaft festgeschriebene Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen eingesetzt. An Henke gerichtet: „In dem Moment, in dem wir auch nur irgendwo investive Mittel nicht bewilligt haben, sind Sie durchs Land gezogen und haben Unterschriftenlisten gesammelt und dafür gesorgt, dass der Protest vor Ort mobilisiert wird.“ Den Gesundheitsminister forderte sie auf, mehr Transparenz zu schaffen: „Sagen Sie uns, welche Verpflichtungsermächtigungen schon bewilligt sind, welche eventuell im kommenden Jahr abgerufen werden und welche erst in den Jahren 2010/2011.“ Ein Bewilligungsstopp für die Jahre 2006/2007 sei untragbar. Dies bedeute „auf Jahre hinaus den Verzicht auf Bau“.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) mahnte die Abgeordneten zu mehr Sachlichkeit. Bei der Debatte dürfe man nicht die derzeitige Haushaltslage ausblenden. „Aufgrund dieser Situation weiß doch jeder, dass wir nicht die Möglichkeit haben, die Haushaltsansätze zu erhöhen.“ Das Land werde den Krankenhäusern weiterhin rund 300 Millionen Euro für den Unterhalt zur Verfügung stellen. „Ich sehe selber, wie viele Wünsche von den Krankenhäusern an unser Haus herangetragen werden. Wenn ich alle zusammenzähle, brauchte ich wohl eine halbe Milliarde Euro.“ Daher werde sich das Land „eine Zeit lang, auf jeden Fall aber im Jahr 2006, mit neuen Bewilligungsbescheiden äußerst zurückhalten“. Gleichzeitig betonte er: „Ich storniere gar nichts! Jede rechtskräftige Verpflichtungsermächtigung wird eingelöst.“



Barbara Steffens (GRÜNE)

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU)



Rudolf Henke (CDU)

Birgit Fischer (SPD)

Dr. Stefan Romberg (FDP)

Fotos: Meyer

Birgit Fischer (SPD) warf ihrem Vorredner „Legendenbildung“ vor: „Der Landtag hat jederzeit eine Transparenz darüber gehabt, was die Landesregierung gefördert hat.“ Somit sei auch jeder Euro der Verpflichtungsermächtigungen im Landtag offen gelegt und beschlossen worden. „Ich hätte mir nie träumen lassen, dass ich einmal dafür

Wiederkehr der Taxi-Mütter?

Koalition verteidigt geplante Abschaffung der Schulbezirke

Die SPD-Fraktion hat davor gewarnt, die Schulbezirke aufzulösen. Entsprechenden Bestrebungen der Regierungskoalition begegnete sie mit dem Hinweis, bei freier Grundschulwahl bestehe die Gefahr, „dass die Kinder aufgrund egoistischer Elterninteressen um ihr Recht gebracht werden, im gewohnten und vertrauten Lebensraum, möglichst zusammen mit ihnen schon aus dem Kindergarten bekannten Kindern die zuständige Grundschule besuchen zu dürfen“. Der SPD-Antrag (Drs. 14/118) wurde am 1. September in direkter Abstimmung von CDU und FDP abgelehnt.

Ute Schäfer (SPD) kritisierte, dass in der Koalitionsvereinbarung die CDU auf die FDP-Forderung eingegangen sei, die Abschaffung der Schulbezirke bis zum Jahr 2008 festzuschreiben. Diese Abschaffung sei auch in der CDU nicht unumstritten, auch die kommunalen Spitzenverbände warnten, weil

Schluss sein müsse auch damit, dass Schulen mit vielen Kindern aus Migrantenfamilien die gleiche Personalausstattung erhalten wie gleich große ohne diese Herausforderung. Dafür werde die CDU sorgen, dass die Schule, die die schwierigeren Ausgangsbedingungen hat, „gleiche Chancen durch verbesserte Unterrichts- und Schulbedingungen bekommt“.

und wir werden die freie Schulwahl umsetzen, weil wir der Auffassung sind, dass wir unser Bildungssystem nach vorne bringen müssen.“ Es werde zu einem beispiellosen Paradigmenwechsel kommen, „weil wir der Auffassung sind, dass eine schulische Wettbewerbslandschaft besser ist, in der Schüler zu Marktteilnehmern werden, in der ein Qualitätswettbewerb um das beste Angebot stattfindet, in der sich Schulen anstrengen,



das die Kommunen bei ihrer schulpolitischen Planung „ins Chaos“ stürzen würde. Ob

wirklich gewollt werde, dass die Kinder durch die Gegend gefahren werden, dass sich Schulen für Arme und Reiche entwickeln werden? Schäfer: „Es ist wichtig, dass ein Kind wohnortnah in die Schule geht, weil dieser wohnortnahen Beschulung eine sozialintegrative Funktion zukommt.“ In Bayern, Baden-Württemberg und Hessen – wohin von NRW ja so gerne geschaut werde – komme niemand auf die Idee, die Schulbezirke aufzulösen.

Klaus Kaiser (CDU) entgegnete, es sei eine Illusion zu glauben, den Problemen im Grundschulbereich ist beizukommen, ohne über die Schulbezirke zu reden. Deren Aufhebung werde ein hilfreiches Steuerungsinstrument sein, um auf die demographische Entwicklung zu reagieren und um durch mehr Wettbewerb Qualitätsverbesserung zu erreichen, um Grundschulen unterschiedlich zu profilieren. Auch die zunehmende Segregation in Ballungsgebieten erfordere im Grundschulbereich Handlungskonzepte.

Sigrid Beer (GRÜNE) zitierte aus der Studie eines Frankfurter Erziehungswissenschaftlers, dass die Freigabe der Schuleingangsbezirke im Rhein-Main-Gebiet nicht zu einer Qualitätssteigerung durch Marktmechanismen, wie sie die FDP anstrebe, sondern zur sozialen Gettoisierung geführt hat. Wenn es gelinge, die besonderen Bedingungen von Schulen durch besondere Unterstützung und Ressourcen auszugleichen, dann brauche man auch die Aufhebung der Bezirke nicht mehr. Es sei auch keine Stärkung des Elternrechts – im Gegenteil: „Sie privilegieren nur wenige und lassen den Rest, das sind in der Regel die sozial Schwächeren und diejenigen, die keine Möglichkeit haben, ihre Kinder morgens als Taxi-Mütter durch die Gegend zu kutschieren, im Regen stehen, was die Qualitätsentwicklung der Schulen vor Ort angeht.“

Ralf Witzel (FDP) kündigte an: „Wir werden in Nordrhein-Westfalen ein Schulranking einführen,

ihre Resultate zu verbessern und dafür die notwendige Unterstützung des Staates erfahren, um dieses Ziel zu erreichen.“

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) betonte, die Abschaffung der Schulbezirke werde mit großer Sorgfalt und in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden vorbereitet. Auch schon heute gebe es Mittel und Wege, dass Eltern ihre Kinder in vermeintlich besseren Grundschulen eines anderen Schulbezirks anmelden könnten. Diese Ausnahmen würden meist nicht von bildungsfernen und sozial benachteiligten, sondern von bildungsnahen Familien genutzt. Insofern sei die Abschaffung der Bezirke auch die Abschaffung eines Stückes Ungerechtigkeit und einer unnötigen Genehmigungsbürokratie, stellte die Ministerin fest. Sommer: „Es wird nach meiner festen Erwartung auch zukünftig so sein, dass eine bestimmte Schule für ein bestimmtes Gebiet zuständig ist. Nur wollen wir es den Eltern freistellen, ihr Kind auch an einer anderen Schule anzumelden, ohne dass sie sich dafür rechtfertigen müssen.“ Aber auch: „Höhere Kosten für die Schülerbeförderung müssen dann die Eltern und nicht die Allgemeinheit tragen.“

Bernhard Recker (CDU) sagte mit Blick auf die 1.000 Lehrerstellen, die die CDU vor der Wahl einzurichten versprochen habe: „Wir reden nicht, wir handeln.“ Dieser Kraftakt sollte von allen, die ein Interesse an der Verbesserung der Situation an den Schulen haben, anerkannt werden. Recker: „Nur Rot-Grün, die politische Gruppe, die für das Desaster an den Schulen in Nordrhein-Westfalen verantwortlich ist, kommt mit billiger, zum Teil polemischer Kritik, die sogar den Begriff Lehrerlüge beinhaltet.“ Das sei „geradezu pervers“, fuhr Recker fort und meinte, als Sozialdemokrat würde er „in den Boden sinken“, wenn Pisa bekräftige, „dass in keinem anderen Land die Bildungschancen so von der sozialen Herkunft abhängen wie in Nordrhein-Westfalen.“ Die 1.000 Stellen seien der erste Schritt in der Umsetzung der Wahlaussagen im Kernbereich Bildung: „Die jungen Menschen in NRW werden nach und nach endlich die Rahmenbedingungen erhalten, die sie für die Gestaltung ihrer Zukunft benötigen, aber auch verdienen.“

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) sagte der SPD: „Es wird Ihnen nicht gelingen, diesen gigantischen Erfolg der kurzfristigen Einstellung von nahezu allen 1.000 Lehrkräften zum angestrebten Termin klein zu reden. Das ist ein riesiger Erfolg und wird auch in der Bevölkerung landauf, landab als solcher wahrgenommen.“ Hätte die neue Landesregierung nicht so schnell und konsequent gehandelt, dann wäre der von der alten Koalition zu verantwortende Unterrichtsausfall von fünf Millionen Stunden pro Jahr noch weiter angestiegen. Wenn da die alte Koalition von „Lehrerlüge“ rede, dann sei sie „entsetzt“. Sie versprach: „Wir machen weiter auf diesem Erfolgskurs.“

Sören Link (SPD) wandte ein, er begrüße zwar die Einstellung der 977 Lehrerinnen und Lehrer, aber eins stehe fest: „Sie stellen keine zusätzlichen Lehrkräfte ein, sondern befriedigen nur den Grundbedarf der Schulen.“ Und wei-

„Ich bin das Rüttgers-Geschenk“

Koalition und Opposition streiten über die neu eingestellten Lehrkräfte

„Die Koalition hält Wort – 1.000 zusätzliche Lehrerstellen sind ein guter Start“ – den Antrag mit dieser Überschrift, den CDU und FDP gemeinsam vorgelegt haben (Drs. 14/127), hat der Landtag am 1. September gegen das Votum von SPD und Grünen in direkter Abstimmung angenommen. Ein Entschließungsantrag der SPD mit dem Titel „Klarheit und Wahrheit bei der Lehrereinstellung“ (Drs. 14/159) wurde abgelehnt.

ter: „Ihr Getöse, das sie darum machen, ist nicht im Ansatz gerechtfertigt.“ Er bezweifle, ob es der neuen Schulministerin gelingt, den Unterrichtsausfall in Mangelfächern auch nur ansatzweise zu kompensieren. Weil die neue Regierung sich bei der Einstellung für das so genannte Listenverfahren entschieden habe, sei es den weiterführenden Schulen wie noch unter der rot-grünen Landesregierung nun nicht mehr möglich, über 90 Prozent aller Lehrkräfte selbst auszusuchen: Sie bekommen den einen oder gar keinen – wo bleibe da die Autonomie für Schulen? Die neue Landesregierung liebe die Inszenierung: Nach den Sommerferien, „zufällig nach der Sommerpause und pünktlich vor der Bundestagswahl“, zaubere sie hunderte von neuen Lehrern „wie weiße Kaninchen“ aus dem Hut.

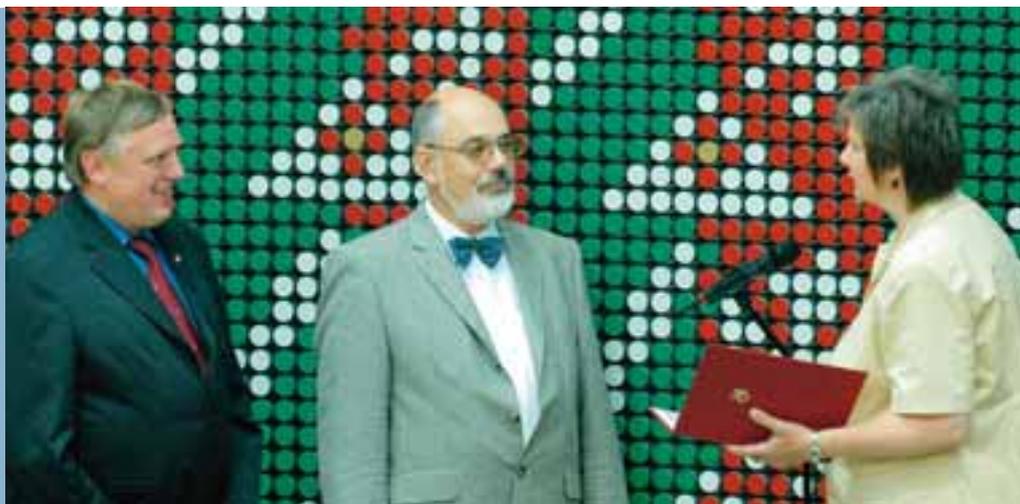
Sigrid Beer (GRÜNE) begrüßte wie ihr Vordredner ebenfalls die Einstellung von 1.000 Lehrerinnen und Lehrern, aber – so zur Koalition – „Ihren Selbstbejubelungsantrag, den Sie uns vorgelegt haben, hätten Sie besser so nicht formuliert.“ Mit der Einstellung werde nur der Status quo erreicht – nichts für kleinere Klassen, für die Einrichtung der echten Ganztagschule und gegen den bestehenden Unterrichtsausfall. Diese 1.000 Stellen als erste

Tranche der versprochenen 4.000 Stellen anzurechnen, sei im höchsten Grad unseriös: „Die Schulen und die Eltern werden sich auf den Arm genommen fühlen, wenn sich über die bestehende Situation hinaus nichts wirklich Substanzielles tut.“

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) argumentierte: „Die neue Landesregierung hat mit der Bereitstellung der ersten 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen Wort gehalten. Wir lassen unsere Schulen nicht allein. Wir werden auch die angekündigten zusätzlichen 3.000 Lehrerstellen bis zum Ende der Legislaturperiode bereitstellen.“ Der Vorgängerregierung warf sie vor, sie habe die besorgniserregende Situation im Frühjahr 2005 nicht zur Kenntnis genommen „und deshalb auch keinerlei Vorsorge gegen einen absehbaren massiven Unterrichtsausfall getroffen.“ Die neue Regierung habe dies erkannt, den fachspezifischen Bedarf bedient und nur qualifizierte Lehrer (Notendurchschnitt 1,8) eingestellt. Die Ministerin berichtete von der Leiterin eines Gymnasiums, die sie angesprochen und sich glücklich über die Neueinstellung einer Lehrerin gezeigt habe. Diese habe sich mit den Worten vorgestellt: „Liebe Eltern, ich bin da. Ich bin das Rüttgers-Geschenk.“

Zwei neue Mitglieder hat der 14. Landtag: Zu Beginn der Plenarsitzung am 1. September verpflichtete Landtagspräsidentin Regina van Dinter (r.) die Landtagsabgeordneten Karl-Josef Laumann (CDU, l.) und Holger Ellerbrock (FDP, Mitte). Laumann ist Arbeitsminister im Kabinett Rüttgers und hatte bisher kein Abgeordnetenmandat. Ellerbrock gehörte schon dem vorigen Landtag an; er rückte für seine frühere Fraktionskollegin Marianne Thomann-Stahl nach, die inzwischen Regierungspräsidentin in Detmold geworden ist.

Foto: Meyer



Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke

SPD-Fraktion will am Ausstieg aus der Kernenergie festhalten

Die neue Landesregierung hält aus ökologischen und energiepolitischen Gesichtspunkten eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken in Deutschland für sinnvoll. Die Oppositionsfraktionen hingegen wollen am vereinbarten Atomausstieg festhalten. Die SPD hatte hierzu einen Antrag vorgelegt (Drs. 14/117), der im Landtag diskutiert wurde.

Uwe Leuchtenberg (SPD) forderte, an dem auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhenden Atomausstieg festzuhalten. „Längere Laufzeiten sind das größte Investitionsverhinderungsprogramm in der nordrhein-westfälischen Energiewirtschaft.“ NRW gehöre zu den Technologie- und Marktführern im Bereich der erneuerbaren Energien. Ein Ja zur Förderung von regenerativer Energie bedeute daher auch ein Ja zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in NRW.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) wies die Behauptung zurück, der Ausstieg aus der Atomenergie fuße auf einem gesellschaftlichen Konsens. So habe es beispielsweise nie eine Volksabstimmung zu diesem Thema gegeben. Darüber hinaus sei die Förderung der regenerativen Energie ein fester Bestandteil im Regierungsprogramm der neuen Landesregierung. Von einer Vernachlässigung dieses Wirtschaftszweigs könne also keine Rede sein.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) erinnerte an den jüngsten Castor-Transport nach Ahaus, durch den sich landesweit wieder tausende von Menschen zu Protestaktionen aufgerufen fühlten. Vor diesem Hintergrund stimmte er namens seiner Fraktion dem SPD-Antrag in allen Punk-

ten zu. „Wir brauchen ganz klar eine Energiewende, weil es sonst, wie man sieht, zu weltweiten Klimaveränderungen kommt. Wenn Sie das immer noch nicht verstanden haben, tun Sie mir Leid!“

Dietmar Brockes (FDP) warf der Opposition vor, sie sei bis heute die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie sie den Atomausstieg durchsetzen wolle, ohne je gesagt zu haben, wie dieser aufgefangen werden soll. „Mit erneuerbaren Energien wird das nämlich nicht zu machen sein“, so Brockes. Zudem sprach er sich für die Einhaltung der Klimaschutzziele aus. „All dies ist ohne Kernenergie nach heutigem Stand nicht zu erreichen.“

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) forderte, „diesen rein ideologisch motivierten Atomausstieg rückgängig zu machen“. Die Betriebsdauer der Kernkraftwerke müsse sich wieder „an der Gewährleistung des größtmöglichen Sicherheitsniveaus“ orientieren. Längere Laufzeiten könnten sich günstig auf die Stromerzeugungskosten auswirken und damit zu einer Senkung der Strompreise beitragen, so Uhlenberg. „Und das braucht unser Wirtschaftsstandort NRW.“

Mittelstand im Fokus

SPD will Förderpolitik der NRW.BANK wie bisher fortführen

Die SPD fordert in ihrem Antrag „Kontinuität der Förderpolitik sichern – Förderinstrumente bei der NRW.Bank optimieren“ (Drs. 14/121), den von Rot-Grün eingeschlagenen Weg der Konzentration von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung bei der NRW.BANK fortzusetzen. Die neue Landesregierung hingegen spricht von einem „undurchdringlichen Dschungel“ von Förderprogrammen und will diesen lichten.

erfunden werden.“ Der von Rot-Grün eingeschlagene Weg der Wirtschaftsförderung durch die NRW.BANK sei fortzusetzen.

Franz-Josef Knieps (CDU) sprach von einem wirtschaftspolitischen „Trümmerfeld“, das die SPD nach 39 Jahren Regierungszeit hinterlassen habe. Die neue Landesregierung baue derzeit ein „Fördercontrolling“ auf, um ineffiziente Programme zu identifizieren und einzustellen. Dabei werde Schwarz-Gelb den Mittelstand „in nie da gewesener Eindeutigkeit“ ins Zentrum ihrer Wirtschaftspolitik stellen.

Reiner Priggen (GRÜNE) forderte die Landesregierung auf, ihre wirtschaftspolitischen Pläne

im Detail offen zu legen, statt „immer nur dieses mittelstandspolitische Vaterunser herunterzubeten“. Die Opposition habe ein Recht darauf zu erfahren, welche Förderprogramme die Regierung künftig abschaffen möchte und welche neuen Instrumente sie plane.

Dietmar Brockes (FDP) warf Rot-Grün vor, „Förderpolitik mit der Gießkanne“ betrieben zu haben. Er kündigte eine „grundlegende Neuausrichtung“ der Wirtschaftspolitik an: Der „undurchdringliche Dschungel“ an Förderprogrammen müsse gelichtet werden, indem Maßnahmen „ohne nachweisbare volkswirtschaftliche Impulswirkung“ konsequent gestrichen würden.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) fand den SPD-Antrag überflüssig: Die beantragte Fortsetzung der Konzentration von Fördermaßnahmen auf die NRW.BANK sei längst auf den Weg gebracht. Zudem habe die NRW.BANK die erarbeiteten Förderprogramme bereits öffentlich gemacht. „Insoweit besteht hier kein weiterer Darlegungsbedarf.“

Helene Hammelrath (SPD) verwies auf die bereits im Düsseldorfer Signal verankerte „hohe mittelstandspolitische Kompetenz“ der alten Landesregierung. „Die Mittelstandspolitik in NRW muss nicht neu

Kreuzzug gegen die Windkraft?

Regierung bereitet neuen Erlass vor / Höhe der Subvention moniert

Die einen fordern in ihrem Antrag, den Ausbau der Windkraft im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen weiterhin zu ermöglichen (GRÜNE-Antrag Drs. 14/115), die anderen wollen mit der beschäftigungsfeindlichen Überförderung der Windkraft Schluss machen (Entschließungsantrag von CDU und FDP, Drs. 14/156). Über beide Positionen beriet der Landtag am 1. September und überwies die Anträge einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Reiner Priggen (GRÜNE) sah die neue schwarz-gelbe Koalition auf einem „Kreuzzug gegen die Windkraft“: Sie wolle weitere Windkraftanlagen verhindern. Ob sie wisse, was sie damit bei Unternehmen in NRW anrichte? Im Land „gibt es eine ganze Reihe von namhaften mittelständischen Firmen, die sehr aktiv sind, die einen sehr guten Ruf besitzen und im Weltmarkt erhebliche Anteile an den Komponenten haben“. Die nähmen die ablehnende Haltung der Regierung zur Kenntnis und entschieden sich entsprechend. Wenn sich diese Linie auch auf der Bundesebene durchsetzen würde, „dann werden die nächsten Investitionsentscheidungen für Neubauten ebenso getroffen, dass sie in die USA oder gleich ganz nach China gehen.“ Das könne die Landesregierung nicht verantworten.

Christian Weisbrich (CDU) bekannte: „Ich bin der letzte, der die Windkraft verteufelt.“ Aber so könne es nicht weitergehen: Explosionsartig hätten sich die Windräder vermehrt; in NRW drehten sich derzeit 2.300 solcher Anlagen. Sie lieferten zusammen nur 3,7 Milliarden Kilowatt Strom: „Das sind etwa zwei Prozent der nordrhein-westfälischen Jahreserzeugung. Das ist so gut wie gar nichts“, sagte Weisbrich. Jeder der behaupteten 10.000 Arbeitsplätze werde jährlich mit mehr als 33.000 Euro aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz von den Stromkunden gefördert – „das ist eine massive Kaufkraftabschöpfung“. Diese Gelder stünden für andere Investitionszwecke nicht mehr zur Verfügung. Darum führe die Windenergie auf Sicht zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen, „weil die Energiepreise überteuert sind und nicht dem tatsächlichen Wert der erzeugten Energie entsprechen“.

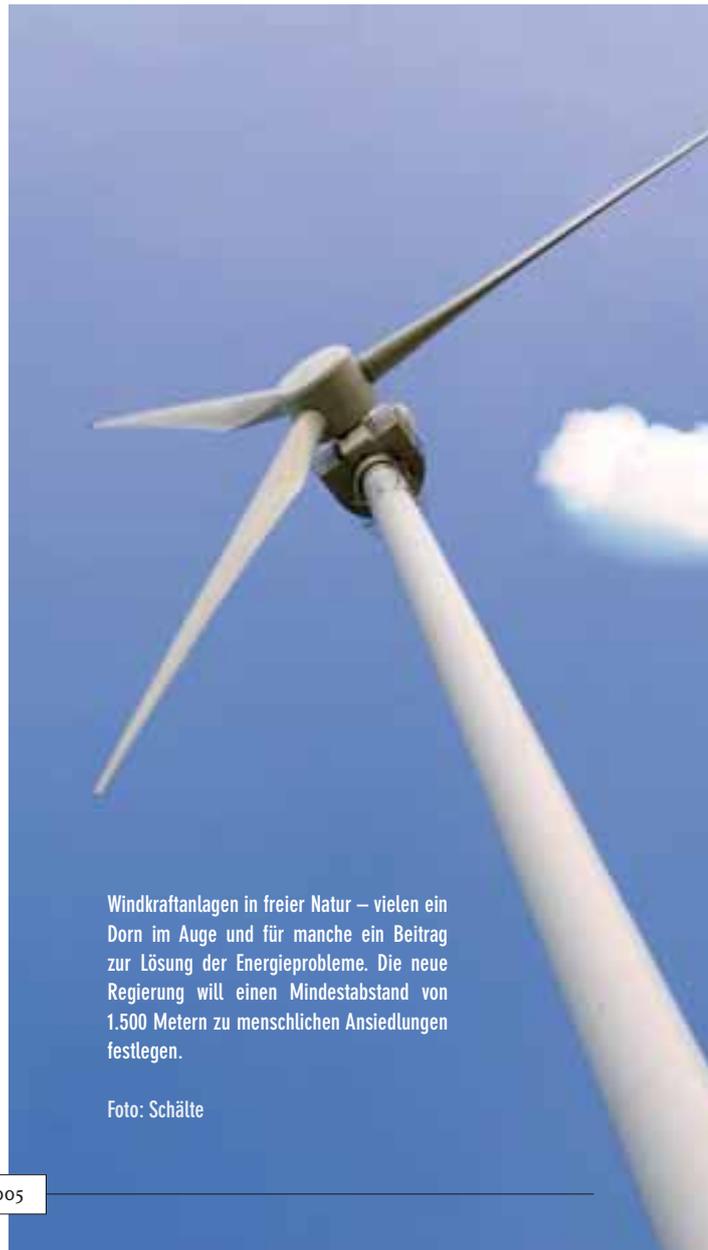
Svenja Schulte (SPD) fand es unverantwortlich, „wenn durch eine Landesregierung ideologisch gehandelt wird und dadurch ein ganzer Industriezweig in Nordrhein-Westfalen gefährdet und verunsichert wird“. Zur CDU: Vor der Wahl habe sie eine Million Arbeitsplätze ver-

sprochen, „nach der Wahl wird als erstes die Abschaffung von Arbeitsplätzen angegangen“. Mit ihrem neuen Windkrafterlass verhindere die Koalition, dass bestehende Anlagen durch effizientere ersetzt und dadurch Windkrafträder abgebaut werden können. „Wir sehen die Bilder aus New Orleans, die Überschwemmungen in Bayern. Sie wissen doch, dass man in diesem Bereich etwas tun muss. Wir müssen in die Zukunft investieren.“ NRW müsse Energieland Nr. 1 sein – und nicht nur in einzelnen Bereichen.

Holger Ellerbrock (FDP) erinnerte an die Position der FDP zur Windkraft: Forschung und Entwicklung ja, eine degressive Anschubfinanzierung, aber keine Dauersubventionierung ohne großen technischen Fortschritt. Der Abgeordnete rechnete vor, bei gleichem Subventionsaufwand wie bei der Steinkohle erhalte man nur 4,4 Prozent der Nettostromerzeugung durch Windenergie, die Steinkohle trage dagegen 22 bis 23 Prozent zur Nettostromproduktion bei. Ellerbrock ironisch: „Wenn ich das in Relation setze, ist die Steinkohlensubventionierung hoch effizient.“ Auf Dauer subventionierte Arbeitsplätze seien nicht zukunftsorientiert, „sondern Arbeitsplätze, die uns alle belasten und mit denen wir überhaupt nicht vorankommen“.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) bekannte: „Wir stehen für eine Energiepolitik ohne ideologische Scheuklappen.“ Wenn wegen der Endlichkeit der fossilen Energien der Anteil der erneuerbaren Energien steige, dann müsse das mit „Augenmaß“ geschehen; das vermisse er bei den Grünen. Die

Landesregierung gefährde keine Arbeitsplätze. Wenn im Land der Zubau von Anlagen zurückgehe, dann müssten sich die Unternehmen auf den veränderten Markt einstellen. Linssen verwies auf den starken Widerstand in der Bevölkerung gegen neue und größere Windkraftanlagen, zudem seien in den Gemeinden schon viele der ausgewiesenen Konzentrationsflächen zugebaut. Der neue Windkrafterlass werde bei den Abständen Sicherheit schaffen – vielleicht könnten ihm ja auch Sozialdemokraten zustimmen, die wegen der nicht ausreichenden Abstandsflächen immer Bauchschmerzen bei diesem von den Grünen diktierten Erlass verspürt hätten. ☞



Windkraftanlagen in freier Natur – vielen ein Dorn im Auge und für manche ein Beitrag zur Lösung der Energieprobleme. Die neue Regierung will einen Mindestabstand von 1.500 Metern zu menschlichen Ansiedlungen festlegen.

Foto: Schälte

Kreditgeber des Mittelstandes

Diskussion über die zukünftige Rolle der Sparkassen

Die Stadt Düsseldorf wollte ihre Stadtspar- kasse in eine Holding mit der WestLB AG einbringen. Dazu sollte nach Ansicht der Stadtspitze das NRW-Sparkassengesetz ge- ändert werden. Das habe zu einer massiven Verunsicherung der Bankenlandschaft ge- führt, kritisierten die Grünen in ihrem An- trag (Drs. 14/145) und verlangten von der Landesregierung eine Klarstellung. Der Eil- antrag wurde in direkter Abstimmung mit den Stimmen von CDU und FDP abgewiesen.

Horst Becker (GRÜNE) urteilte, die Landesregierung stehe vor einem Scherbenhaufen. Auch innerhalb der Sparkassen sei Widerstand aufge- kommen. Der Landtag solle weiterhin eine Sparkassenlandschaft unterstützen, die für eine dezentrale Versorgung der Bevölkerung stehe, „für den Mittelstand Kredite gibt und eine der letzten Institutionen ist, die mit Geld in die öffentliche Hand einzahlt“.

Volkmar Klein (CDU) sah die Sparkassen durch den Eilantrag der Grünen „zum Mittel der politischen Brandstiftung degradiert“. Für die CDU sei die dezentrale Bankenlandschaft wichtiges Rückgrat für die Wirtschaft. Um sie zu erhalten, müsse man bereit sein, Änderun- gen zu beschließen. Es dürfe nicht zum Beginn einer Diskussion Denkverbote geben. Man stehe für einen konstruktiven Diskussionsprozess offen, der Antrag sei jedoch ein Schnellschuss.

Gisela Walsken (SPD) wies den Vorwurf zurück, der bestehende Konsens in der Spar- kassenpolitik werde aufgekündigt. Sie warf der Landesregierung vor, keine klare Linie in Bezug auf die Sparkassenpolitik zu haben. Man werde am Dreisäulensystem festhalten. WestLB und

Sparkassen sollten in enger Verzahnung arbei- ten und Ertragspotenziale auf beiden Seiten intensiviert werden. Politisch stelle man sich in der Debatte auf die Seite der Sparkassen.

Angela Freimuth (FDP) empfand die Denk- verbote, wie sie im Antrag der Grünen zum Ausdruck kämen, als einen ungeeigneten Weg, die Debatte fortzuführen. Ihre Fraktion könne sich auch weitergehende Lösungen für die Sparkassen vorstellen, wie die Einbindung privater Investoren. Um die Sparkassen wett- bewerbsfähig zu erhalten, müsse man die Diskussion in den nächsten Wochen und Monaten intensiv weiterführen.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) erklärte, für den Eilantrag gebe es derzeit keinen Grund oder Anlass. Der Eilantrag gründe sich auf Me- dienberichte. In ihnen würden Äußerungen und Wünsche dargestellt, die man nicht grund- sätzlich verwerfen dürfe. Auf die Kernelemente des Sparkassenwesens, wie den öffentlichen Auftrag oder das Regionalprinzip, wolle man nicht verzichten. Unter diesen Voraussetzungen sei man bereit, „neue Gedanken aufzunehmen und zu prüfen“, so der Finanzminister. Das Sparkassengesetz müsse man allein wegen des Wegfalls der Staatsgarantie modernisieren. 

Doppelprüfungen vermeiden

EU-Chemikalienpolitik soll praxisorientiert umgesetzt werden

Bei der bevorstehenden Neuordnung des EU-Chemikalienrechts sollen die Interessen Nordrhein-Westfalens gewahrt werden. Dies fordert ein Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP (Drs. 14/128). Die GRÜNE-Fraktion stellte diesem einen eigenen Entschließungsantrag entgegen (Drs. 14/160). Im Mittelpunkt der Anträge steht die Ausgestaltung von REACH, der geplanten EU-Verordnung, die einen einheitlichen Rahmen zur Kontrolle chemikalischer Stoffe ermöglichen soll. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP wurde der Antrag der drei Fraktionen angenommen, der Entschließungsantrag gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

Karl Kress (CDU) nannte es notwendig, dass die chemische Industrie Nordrhein-Westfalens als wichtiger Arbeitge- ber in Brüssel angemessen vertreten wird. Seine Fraktion begrüße die Zielsetzung der EU-Che- mikalienpolitik. Diese müsse in Vereinbarkeit zwischen den Interessen von Mensch, Umwelt und Industrie praxisorientiert umgesetzt werden. Für kleinere und mittelständische Unternehmen dürfe die Chemiepolitik nicht zu einem „Jobkiller“ werden, so der Abgeordnete.

Wolfram Kuschke (SPD) erklärte, die chemische Industrie habe eine große Bedeutung, jedoch

schrumpfe der europäische Anteil am Weltmarkt und die Zahl der Beschäftigten. Dieser Prozess sei eine Herausforderung, der man aber nicht mit Lohndumping entgegenreten könne. Vielmehr müsse man den technologischen Vorsprung aus- bauen und Zukunftschancen nutzen.

Holger Ellerbrock (FDP) bilanzierte, dass man sich in vielen Punkten einig sei. Man wolle REACH praxisorientiert und wettbewerbs- neutral sowie die EU-Vorgaben 1:1 umgesetzt wissen. Doppelprüfungen von Stoffen sollten

vermieden, vorhandene Erkennt- nisse von Gewerkschaften und Krankenkassen eingebun- den werden. Aufgabenteile der Überprüfung könnten auch auf diese Institutionen übertragen werden.

Johannes Rimmel (GRÜNE) sah die jetzige Haltung der SPD-Frak- tion im Widerspruch zur Linie der Bundesregierung. Diese trete für eine striktere Ausgestaltung von REACH ein, als es die EU-Kommission derzeit beabsichtigt. Mit ihrem Antrag stünden die drei Fraktionen für weniger Verbraucher- und Gesundheitsschutz.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) sah es als notwendig an, einen einheitlichen Rechts- rahmen zu schaffen, um den Umwelt- und Gesundheitsschutz für alle Bürgerinnen und Bürger in Europa zu gewährleisten. Dabei dürf- ten keine Interessen gegeneinander ausgespielt werden. Die Landesregierung unterstütze den fraktionsübergreifenden Antrag, trete für eine „umsetzbare Chemikalienpolitik“ ein. 

Stimmabgabe per Computer

Fragen an die Landeswahlleiterin Helga Block

NRW ist das bevölkerungsreichste Bundesland. Werden Bundestagswahlen in NRW entschieden?

In NRW wohnen mit rund 13,3 Millionen etwa 20 Prozent aller Wahlberechtigten. Das Wahlverhalten dieser Wahlberechtigten wirkt sich natürlich auf das Gesamtergebnis aus. Aber es sind eben nur 20 Prozent. Deshalb möchte ich nicht sagen, dass die Bundestagswahl in unserem Lande entschieden wird.

Die Bürgerinnen und Bürger werden immer häufiger an die Wahlurne gerufen. Beobachten Sie Auswirkungen auf das Wahlverhalten?

Das von den Wahlämtern publizierte rege Interesse an der Briefwahl deutet auf eine hohe Wahlbeteiligung hin. Jedenfalls wird der Anteil der Briefwähler weiter zunehmen, obwohl die Briefwahl eine Ausnahmeregelung darstellt. Negative Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung wegen häufiger Wahlen erwarte ich bei dieser Bundestagswahl nicht. Bundestagswahlen haben traditionell eine erheblich höhere Wahlbeteiligung als andere Wahlen. Dazu konnten wir in NRW bei Bundestagswahlen immer eine höhere Wahlbeteiligung als der Durchschnitt der Länder verzeichnen. Ich hoffe, dass wir diese Erfahrungen auch bei der anstehenden Wahl machen, obwohl die Häufung von Wahlen mit zwei Wahlterminen in 2004 und der Landtagswahl in 2005 gerade auf NRW zutrifft.

Abstimmungscomputer, Internet – wann, glauben Sie, kann der Wahlbürger sein Votum am heimischen PC abgeben?

Es hat in der jüngeren Vergangenheit schon einige – vor allen Dingen nach Aussage der Initiatoren – vielversprechende Versuche im nichtparlamentarischen Raum mit Wahlen am heimischen PC über das Internet gegeben. Dabei hat sich aber herausgestellt, dass an den technisch sicheren, die Wahrung des Wahlgeheimnisses betreffenden und den rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung dieser Möglichkeit bei allgemeinen Wahlen noch gearbeitet werden muss. Vor dem Abschluss dieser Arbeiten wird es sicherlich noch einige Testwahlen geben. Deshalb vermag ich heute noch keine Prognose über den Zeitpunkt abzugeben, wann die erste

Parlamentswahl auch online vom heimischen Computer durchgeführt werden kann. 

Daten zur Wahl

13,3 Millionen sind am 18. September in NRW zur Bundestagswahl aufgerufen. Damit kommt jeder fünfte Wähler aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland. In NRW befinden sich 64 der bundesweit 299 Wahlkreise.

151 Frauen und 313 Männer stehen auf den Landeslisten von 16 Parteien in NRW zur Wahl. 81 Frauen und 348 Männer kandidieren für ein Direktmandat. Bundesweit sind es 3.648 Bewerber aus 25 Parteien.

2002 gingen 80,3 Prozent der Wahlberechtigten in NRW zur Urne – mehr als im Bundesdurchschnitt (79,1%). 20,3 Prozent der Wähler in NRW wählten damals per Brief.

Rückblick 2002

	Ergebnis NRW	Ergebnis Bund
SPD	43,0%	38,5%
CDU	35,1%	38,5%
FDP	9,3%	7,4%
GRÜNE	8,9%	8,6%

(Zweitstimmen)

Wahl in Berlin – was bringt's für NRW?

Was professionelle Beobachter meinen...

Was hat NRW von welcher Bundesregierung zu erwarten? „Landtag intern“ hat sich bei professionellen Beobachtern in der Medienszene umgehört.

ZDF-Landesstudioleiter Martin Schmuck prognostiziert, dass „die Kernprobleme Arbeitslosigkeit und Standort Deutschland angesichts des zu erwartenden knappen Ergebnisses nur bei klaren Mehrheiten zu lösen sein werden“.

WDR-Chefredakteur Harald Brandt konstatiert: „Schwarz-Gelb passt besser in die Farbenlehre. Es macht es einfacher, Dinge aus NRW nach Berlin zu transportieren.“

„Immer noch die wahrscheinlichste Berliner Variante: Schwarz-Gelb“, stimmt Sven Gösmann, Chefredakteur Rheinische Post, zu. „Diese Konstellation wäre am einfachsten für NRW: Gemeinsame Ziele verbinden, auch wenn es in Detailfragen Meinungsunterschiede gibt.“

Klaus Schrotthofer, Chefredakteur Westfälische Rundschau, hat mehrere Varianten im Blick: „Bleibt Schröder, wird es schwerer für die Landesregierung. Wird Merkel Kanzlerin, wird es schwerer für die Bergleute. Regieren Union und SPD zusammen, wird es schwerer für Rüttgers.“

Parteienforscher Ulrich von Alemann erwartet bei einem Sieg von Schwarz-Gelb angesichts in NRW traditionell starker Gewerkschaften heftige Debatten bei Kündigungsschutz, tariflichen Bündnissen und den Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik. Finanzpolitisch kämen „tiefe Einschnitte“ auf Länder und Kommunen zu. Für NRW weiter spannend: die Zukunft der Steinkohle und die Förderung erneuerbarer Energien. Und bei einer großen Koalition? „Dann gibt es das alles in abgemilderter Form plus Agenda 2010.“

vk

Foto: Schälte

„Keine Bundesregierung kann gegen NRW regieren“

Interviews mit den Sprecherinnen und Sprechern des Hauptausschusses

Elf der 16 Bundesländer sind unionsgeführt. Zuletzt sorgte die Landtagswahl in NRW nach 39-jähriger Regierungszeit der SPD für einen historischen Machtwechsel, der über die Landesgrenzen hinaus Wirkung zeigen sollte: Noch am Abend des 22. Mai kündigte der Bundeskanzler Neuwahlen im Bund an. Jetzt blicken alle mit Spannung auf den 18. September. Ist die NRW-Wahl als Präjudiz für die Bundestagswahl zu verstehen? Was würde ein Regierungswechsel auf Bundesebene für NRW bedeuten und welchen Einfluss hat das bevölkerungsreichste Bundesland auf den Wahlausgang? Darüber sprach „Landtag intern“ mit Ilka Keller (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Dr. Gerhard Papke (FDP).

Von NRW ausgehend hat schon mehrmals die Bundespolitik eine neue Richtung genommen. Was, schätzen Sie, bewirkt diese Bundestagswahl?

Keller: Der Sieg der CDU bei uns in NRW hat ja noch am Wahlabend selber dazu geführt, dass der Kanzler Neuwahlen im Bund ausrufen musste. Unser Bundesland ist mit 18 Millionen Einwohnern natürlich ein sehr großer Faktor auch in der Bundespolitik. Und natürlich hat das Ende von Rot-Grün von hier aus Signalwirkung für die ganze Republik. Ein Sieg der Union bei der Bundestagswahl wird mit Sicherheit viele Synergieeffekte bringen. Die Zeit der Ideologien



Ilka Keller (CDU)

würde endlich zu Ende gehen, mit geballter Kraft könnten wir uns auch bundespolitisch engagieren. Obwohl man mit Umfrageergebnissen und mit Wahlforschung ja immer auch vorsichtig umgehen muss, bin ich für den 18. September zuversichtlich. Die Menschen trau-

en der Union einen neuen Aufbruch zu, und wir haben auch die Kraft dazu.

Kuschke: Ich sehe im Ergebnis der NRW-Landtagswahl keine Vorentscheidung für den Ausgang der Bundestagswahl. Das mag in früheren Jahrzehnten einmal gegolten haben. Mittlerweile ist hier eine weitgehende Entkopplung zu beobachten. Konkret wird die Wahl aber darüber entscheiden, ob wir in der Energiepolitik eine umfassende Wende bekommen werden. Es zeichnet sich ja bereits in NRW ab, dass Schwarz-Gelb deutlich andere Schwerpunkte setzt als wir. Darüber hinaus wird darüber entschieden, ob wir den Reformkurs der rot-grünen Koalition fortsetzen können oder ob es zu Brüchen kommen wird. Und wir werden sicherlich in der Steuerpolitik eine interessante Weichenstellung haben. Es wird darum gehen, ob wir Steuergerechtigkeit mit sozialen Differenzierungen bekommen, oder so etwas wie den Kirchhoff-Vorschlag, der auf diese Komponente nicht abstellt.

Löhrmann: Die vorgezogene Bundestagswahl ist zweifellos eine ganz wichtige Wahl. Es geht um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, um die Ausrichtung der Umwelt- und

Energiepolitik und selbstverständlich auch um die Fortsetzung einer friedensorientierten, erfolgreichen Außenpolitik. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt: Jede Wahl hat ihre eigenen Gesetze. Der Ausgang der NRW-Landtagswahl im Mai dieses Jahres ist kein Hinweis auf den Ausgang der Bundestagswahl, diesen Automatismus kann ich so nicht herleiten. Gewissheit werden wir aber erst am Abend des 18. September haben.

Dr. Papke: Das Ergebnis dieser Bundestagswahl ist für NRW von enormer Bedeutung. Der Ausgang wird grundlegende Auswirkungen auf die Reformvorhaben der neuen Landesregierung haben. Wenn der Regierungswechsel in Berlin gelingt, erhält Gelb-Schwarz in NRW Rückenwind. Dies gilt in besonderem Maß beim Ausstieg aus den Steinkohlesubventionen, aber auch bei dem Ziel, Nordrhein-Westfalen beim Wirtschaftswachstum endlich von den Abstiegsrängen weg zu führen und wieder an die Spitze zu bringen. Für die großen Reformthemen, für Deregulierung, Bürokratieabbau und für Impulse auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir den Regierungswechsel in Berlin.



Wolfram Kuschke (SPD)

Oskar Lafontaine ist Spitzenkandidat des neuen Linksbündnisses in NRW. Was glauben Sie: Eintagsfliege oder eine grundlegende Veränderung der politischen Landschaft?

Keller: Das Linksbündnis ist im Augenblick sicherlich eine ernst zu nehmende Kraft. Das belegen ja die Umfragen. In Zeiten des Umbruchs gibt es natürlich immer die Gefahr, dass Menschen verärgert sind und sich Protestparteien zuwenden. Das gilt besonders, wenn ökonomische Opfer unvermeidbar sind. Die Politik ist immer wieder gefordert, die ideologischen Luftschlösser zu entzaubern. Oskar Lafontaine ist für mich ein typischer Populist, der immer dann kneift, wenn er es mit Realitäten zu tun bekommt. Wie dünn das Eis ist, auf dem er programmatisch steht, hat Friedrich Merz bei Sabine Christiansen eindrucksvoll aufgezeigt.

Kuschke: Ich glaube nicht, dass das Linksbündnis längerfristig eine bedeutende Rolle spielen wird. Die guten Umfragewerte hierzulande lassen sich dadurch erklären, dass Oskar

Lafontaine propagiert, er hätte Konzepte zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Und Arbeitslosigkeit ist leider ein Thema, das in NRW stärker vertreten ist als in den übrigen alten Bundesländern. Insgesamt können wir aus dem Zuspruch für die Linkspartei lernen: Insbesondere die SPD muss sich die Frage stellen, wie sie künftig ihr politisches Profil schärfen und stärkere Überzeugungsarbeit bei der Vermittlung ihrer Reformpolitik leisten kann.

Löhrmann: Ich habe mich gewundert: Warum ist der Saarländer Lafontaine Spitzenkandidat in NRW geworden? Lafontaine hat sich selber



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

disqualifiziert, indem er als damaliger Bundesfinanzminister und als SPD-Vorsitzender Hals über Kopf die Flinte ins Korn geworfen hat. Er hätte die Chance gehabt, für Reformen zu sorgen, er hat sie nicht genutzt. Das nehmen ihm viele Menschen bis heute zu Recht übel. Langfristig gesehen räume ich der so genannten Linkspartei keine wirkliche Chance ein. Nach den anfänglich guten Werten zeigt sich, dass sich die Menschen mittlerweile genauer mit dem konkreten Programm auseinandersetzen, und sie sehen: Die vollmundigen Versprechungen sind gar nicht finanzierbar und unseriös. Hinzu kommt, dass von Seiten dieser Partei Reformen, die unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen, abgelehnt werden. Lafontaine und Co. sind rückwärts gewandt. Und trotzdem müssen wir natürlich ernst nehmen, was die Menschen beunruhigt und was sie zu Protestwählern werden lässt. Ich bin überzeugt, dass Deutschland weitere soziale und ökologische Reformen benötigt, um nach vorne zu kommen. Darüber müssen wir verstärkt den Dialog führen.

Dr. Papke: Die Lafontaine-PDS ist eine reale Gefahr für Deutschland. Durch sie droht eine massive Verschiebung in der politischen Land-

schaft. Denn wenn die Reformkoalition aus FDP und CDU bei der Bundestagswahl keine Mehrheit erzielen sollte, müssen wir mit einem rot-rot-grünen Linksbündnis rechnen. Entsprechende Signale auch aus der SPD, etwa von Klaus Wowereit aus Berlin, sind nicht zu überhören. Das wäre der politische Super-GAU für Deutschland. Wir benötigen marktwirtschaftliche Reformen und Wirtschaftswachstum, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen – und keine „DDR-light“ mit der Lafontaine-PDS. Lafontaine verspricht mit seinen Parolen das Blaue vom Himmel, nur finanzierbar ist davon nichts. In Wahrheit würde die Umsetzung seiner Parolen zu einer Verdopplung statt zu einer Halbierung der Arbeitslosigkeit führen.

„Bund und Land, Hand in Hand“ – dieses Motto hat die Beziehungen zwischen Düsseldorf und Bonn/Berlin lange Zeit bezeichnet. Welche Chancen sehen Sie, dass das auch zukünftig der Fall ist?

Keller: Ich sehe das aus Sicht der Landespolitik sehr optimistisch: Nach einem Wahlsieg der CDU im Bund ziehen wir an einem Strang. Nicht zuletzt ist dann auch Schluss mit der Blockade zwischen Bundestag und Bundesrat. Für uns in Nordrhein-Westfalen ergeben sich daraus große Chancen: Wir werden von uns aus eine breite Föderalismusdebatte anstoßen und sicherlich auch zu einer großen Reform kommen. Viele Probleme können nur im freundschaftlichen Dialog von Bund und Land wirklich gelöst werden: zum Beispiel eine umfassende Entbürokratisierung, eine Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft oder eine wirkliche Förderung unserer Familien. „Hand in Hand“ werden sich die großen Herausforderungen deutlich leichter bewältigen lassen.

Kuschke: Dieses Motto wurde sehr stark geprägt durch den Politikstil des früheren NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau. Es ist also nicht neutral zu bewerten: Bis 1998 hat NRW auch schlechte Erfahrungen mit einer unterschiedlichen Farbenlehre zwischen NRW und dem Bund gemacht, beispielsweise was die Finanzierung von Landesvorhaben angeht. Es wurde deutlich, dass NRW seinerzeit nicht entsprechend seiner Größe und seiner Bedeutung die geforderte Unterstützung beim Bund geltend

machen konnte. Das hat sich 1998 glücklicherweise geändert. Dieses Motto bleibt jedoch eine Worthülse, wenn man es nicht mit konkreten politischen Inhalten füllt. Davon hängt ab, ob eine gleiche politische Farbenlehre bei Land und Bund eher förderlich oder hinderlich ist. Ob also einer Bundeskanzlerin Merkel der Umgang mit den Bundesländern leichter fallen würde, auch wenn diese im Augenblick überwiegend unionsgeführt sind, mag noch dahingestellt sein.

Löhrmann: Ich glaube, das muss auch in Zukunft weiterhin der Fall sein. NRW ist das größte und bevölkerungsreichste Bundesland. Wir sind darauf angewiesen, dass Entscheidungen, die hier in NRW gewollt sind, im Sinne des föderalen Systems auch in Berlin Unterstützung finden. Umgekehrt muss natürlich auch NRW bundespolitische Weichenstellungen mit dem Bund Hand in Hand nachvollziehen. Deshalb glaube ich, dass keine Bundesregierung letztlich gegen Nordrhein-Westfalen regieren kann. Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl sollte der Respekt vor der Demokratie gewährleistet, dass dieser Grundsatz weiterhin Geltung behält.

Dr. Papke: Das hängt entscheidend vom Ausgang der Bundestagswahl ab. Ich warne wie gesagt eindringlich vor den Folgen eines rot-rot-grünen Linksbündnisses, das uns droht, wenn die Reformkoalition aus FDP und CDU bei der Bundestagswahl keine Mehrheit bekommen sollte. Sofern Gelb-Schwarz nach dem 18. September auch im Bund die Regierung stellt, wird es mit Sicherheit auch zwischen Land und Bund zu einer hervorragenden Zusammenarbeit kommen.



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Fotos: Schälte

Dann wird die nordrhein-westfälische Landesregierung bei ihren ehrgeizigen Zielen gestärkt und kann das Land zügig modernisieren.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.

Kein Anlass zur Panik im Land

„NRW ist Spitzenreiter bei den Vorkehrungen gegen Vogelgrippe“

Nordrhein-Westfalen sieht sich für das eventuelle Ausbrechen einer Grippe-Pandemie gerüstet. Das Land habe 33,5 Millionen Euro zum Ankauf von 2,6 Millionen Einheiten von antiviral wirkenden Medikamenten bereitgestellt. Wenn es zu einem Ausbruch kommen sollte, dann stünden im Land innerhalb einer Stunde 400 und innerhalb von vier bis sechs Stunden mehrere tausend Betten für Infektionskranke zur Verfügung.

Auch beim erforderlichen Impfschutz stehe man in engem Kontakt mit dem Bund und pharmazeutischen Unternehmen, die auf die Entwicklung von Impfstoffen gegen einen möglichen Erreger spezialisiert sind. Das wurde von Staatssekretär Professor Dr. Stefan Winter aus dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) den Abgeordneten des Gesundheitsausschusses (Vorsitzender Günter Garbrecht, SPD) mitgeteilt.

Auf Antrag der SPD-Fraktion berichtete im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde der Sprecher des Gesundheitsministeriums über die Vorbereitungen des Landes für eine mögliche weltweite Pandemie der Vogelgrippe. Nordrhein-Westfalen sei frühzeitig tätig geworden und habe im Vergleich mit den anderen Bundesländern eine Spitzenstellung bei den Vorkehrungen, erklärte Winter und machte deutlich, dass zu Panik kein Anlass besteht.

Neben den Maßnahmen, die das Landesgesundheitsministerium und auch das Umweltministerium mit seinem jüngst verfügen

Aufstellungsgebot von Geflügel in den nordrhein-westfälischen Rastgebieten von Wildvögeln – am Niederrhein und in der Weseraue – getroffen haben, sei eine wichtige Voraussetzung für die Übertragung der Vogelgrippe auf den Menschen hierzulande kaum gegeben: Bedingung dafür sei nämlich der besonders enge Kontakt zwischen Tier und Mensch wie in Asien. Der habe dort in den letzten Jahren dazu geführt, dass in etwa 100 Fällen Menschen an der Vogelgrippe erkrankt seien. Seit letztem Jahr sei in Asien allerdings eine massive Ausbreitung festzustellen.

INFORMATION

Der FDP-Abgeordnete Dr. Stefan Romberg bezeichnete die Chance, dass hierzulande das Virus von Vögeln auf Menschen überspringt, als „theoretisch“. Darum seien „Hamsterkäufe“ von antiviralen Medikamenten durch die Bevölkerung „nicht zielführend“, ergänzte der Staatssekretär ausdrücklich. Ein solches Verhal-

ten würde das ohnehin schon geringe Angebot nur weiter verknappen. Bei einer normalen Grippe sei der Einsatz antiviraler Mittel überhaupt nicht sinnvoll.

In der Diskussion im Ausschuss wurde deutlich, dass eine Gefahr weniger für gesunde, sondern vor allem für immungeschwächte Menschen besteht. Rudolf Henke (CDU) wies darauf hin, dass die Medikamente die Grippe nicht heilen, allenfalls die Dauer der Erkrankung abkürzen und die Schwere vermindern können. Er fand es notwendig, dass auf staatlicher Seite Klarheit über die Strategie gegen eine Grippe-Pandemie herrscht. Dann könnten auch die die Behandlung steuern, nämlich die Hausärzte, die notwendigen Entscheidungen treffen.

Inge Howe (SPD) hakte an diesem Punkt ein: Krankenhausbetten seien das eine, aber sei auch die ambulante Versorgung auf die mögliche Vogelgrippe vorbereitet? Hier müsse bei der Information der Ärzte und der Öffentlichkeit noch mehr getan werden. Rainer Bischoff (SPD) fragte, ob es reicht, wenn nur für 15 Prozent der nordrhein-westfälischen Bevölkerung Medikamente bevorratet werden. Experten gingen von einer Rate von 20 Prozent aus.

Für die Grünen wollte Barbara Steffens wissen, ob neben der Aufstallung wegen der Gefahr durch Zugvögel auch ein anderer, viel wichtigerer Infektionsweg verstärkt überwacht wird, der illegale Tierhandel. Hier beschwichtigte Dr. Friedhelm Jäger vom Umweltministerium die Befürchtungen: An den deutschen Flughäfen seien die Kontrollen auf Tiere und Lebensmittel aus Asien erheblich verschärft worden. **JK**



*Blick
in die Run-
de der Versamm-
lung:*

Der Kulturausschuss unter dem Vorsitz von Dr. Fritz Behrens (SPD, 2. v. r.) nahm den Bericht von Kultur-Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU, 3. v. r.) entgegen. Mit auf dem Bild die Ausschussmitglieder Claudia Nell-Paul (Sprecherin der SPD-Fraktion, M.) und Marc Jan Eumann (stellvertretendes Mitglied, SPD, r.). Ganz links Professor Dr. Dr. Thomas Sternberg, kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Foto: Schälte



„Nordrhein-Westfalen wird entfesselt“

Weniger Staat und mehr Selbstbestimmung für die Bürger

Im Hauptausschuss des Landtags unter dem Vorsitzenden Werner Jostmeier (CDU) haben hochrangige Vertreter der Staatskanzlei die Schwerpunkte der Regierungspolitik in der 14. Wahlperiode vorgestellt. Das neue breite Spektrum der Zuständigkeit freute den Ausschussvorsitzenden: Nachdem Bundes-, Europa- und die Medienpolitik hinzugekommen seien, „hat der Hauptausschuss seinen Namen wieder verdient“, stellte Jostmeier zu Beginn der Sitzung mit Befriedigung fest.

Vor der Sitzung: Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Werner Jostmeier (r.), und der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer (l., beide CDU).

Foto: Schälte

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer (CDU), stellte klar, man sei für die Vertiefung der europäischen Integration und die Förderung der Zusammenarbeit auf allen europäischen Ebenen. Breuer sagte: „Wir wollen ein Europa der starken Regionen.“ Dazu müsse die Arbeit der Landesvertretung in Brüssel effizienter werden; so könne das Land früh Einfluss auf gesetzgeberische Maßnahmen auf EU-Ebene nehmen. Der Minister: „Unser Land muss im Wettbewerb um die EU-Fördermittel ab 2007 optimal aufgestellt sein.“

NACHBARLÄNDER

Als besonderes Anliegen nannte Breuer den Ausbau der politisch-wirtschaftlichen Kooperation mit den Nachbarländern in Europa, vor allem den Benelux-Staaten und auch Frankreich. Ebenso wolle man die in 40 Jahren gewachsene Partnerschaft mit Israel pflegen und weiter entwickeln. Unter Hinweis auf den ersten Auslandsbesuch von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) in den Niederlanden erklärte der Minister, dass NRW auf dem Gebiet der Integration von Migrantinnen und Migranten und den Formen der neuen Zusammenarbeit in modernen Stadtgesellschaften aus den Erfahrungen, etwa der Niederlande, Nutzen ziehen wolle. Auf der Ebene des Schienenverkehrs hätten die holländischen Partner die Landesregierung gebeten, bei Bund und Bahn mehr Nachdruck auf die Vervollständigung der Betuwe-Linie (die Güterstrecke zwischen dem Hafen Rotterdam und dem Ruhrgebiet) auf deutscher Seite auszuüben.

Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU), Chef der Staatskanzlei, nannte drei Grundprinzipien, die die Landesregierung in der laufenden Wahlperiode verfolgen wird:

- Weniger Staat und mehr Selbstbestimmung für jeden einzelnen Bürger – vor allem in den Kommunen
- Neue und klarere Regelungen im Verhältnis zwischen Bund und den Ländern
- Stärkung der Bürgerinnen und Bürger in ihren Wahlrechten.

Den ersten Punkt bezeichnete der Staatssekretär als ein „Entfesselungsprogramm für Nordrhein-Westfalen“: Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, möglichst weitgehende Privatisierung von staatlichen Aufgaben und Vertiefung der Selbstbestimmung der Bürger durch den Abbau von überflüssigen Standards und Vorschriften. Hinzukomme eine zeitgemäße Ausstattung im IT-Bereich der öffentlichen Verwaltung.

Beim Föderalismus hielt er die Rahmengesetzgebung des Bundes gegenüber den Ländern für nicht mehr zeitgemäß, sie habe sich weitgehend nicht bewährt, fand Grosse-Brockhoff: „Vor lauter Rahmen sieht man das Bild nicht mehr.“ Klare Zuständigkeit und Verantwortung müsse Mischkompetenzen ersetzen. Die Länder und hier vor allem die Landtage bräuchten wieder mehr substanzielle Gesetzgebungskompetenzen.

Der Staatssekretär legte ein Bekenntnis zur Beibehaltung des Berufsbeamtentums ab. Das Beamten- und das Laufbahnrecht sollten aus der Zuständigkeit des Bundes auf die der

Länder übergehen. „Wir wollen Nordrhein-Westfalen fit machen für das 21. Jahrhundert“, fasste der Sprecher der Staatskanzlei zusammen.

WAHLRECHT

Er kündigte zudem an, dass bei der nächsten Landtagswahl ein Zwei-Stimmenrecht eingeführt werden soll; auch bei den Wahlkreisen solle es Änderungen geben. Bei Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten strebe die Landesregierung eine achtjährige Amtszeit und damit die Entkoppelung von den Wahlen zu den Räten und Kreistagen an. Zuletzt nannte er als Projekt noch die Einführung des Ratsbürgerentscheids auf kommunaler Ebene.

Am Ende der Sitzung verkündete der Staatssekretär für Medien und Regierungssprecher Thomas Kemper (CDU), die Landesregierung werde die Medienpolitik in enger Abstimmung mit der Medienbranche gestalten. Es gehe darum, die Attraktivität des Medienstandorts NRW weiter zu stärken, den Übergang in das Medienzeitalter zu unterstützen und die duale Rundfunkstruktur auszubauen.

Kemper kündigte an: „Alle Veranstaltungen, geförderte Projekte und Institute werden auf den Prüfstand gestellt. Nutzen und Wirtschaftlichkeit sind nachzuweisen.“ Für die Bewältigung hoher Datenmengen im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung brauche das Land eine angemessene Breitband-Infrastruktur. JK

Transrapid wieder auf der Tagesordnung

Umfangreiches Arbeitsprogramm in der Bau- und Verkehrspolitik

Eigentlich sollte es die große Stunde des neuen Ministers für Bauen und Verkehr, Oliver Wittke (CDU) werden. Doch dann ging es in der ersten Arbeitssitzung des Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) zunächst wieder einmal um ein alles andere als neues Thema: die landeseigene Entwicklungsgesellschaft LEG.

Für Unruhe und Besorgnis besonders bei der SPD-Fraktion hat eine Korrektur des Bilanzergebnisses gesorgt. Der LEG-Vorstand hatte nach Absage der ersten Bilanz-Pressekonferenz eine höhere Risikoversorge für nicht sanierte Wohnungen in den Geschäftsbericht aufgenommen. Und damit statt des erwarteten millionenschweren Gewinns einen Verlust von 653.000 Euro ausgewiesen.

WOHNUNGSVERKAUF

„Steht das im Zusammenhang mit den Verkaufsabsichten“, fragte der SPD-Abgeordnete Dieter Hilser. „Passt der operative LEG-Erfolg nicht in die Zerschlagungsstrategie der Landesregierung?“ Die Regierung wolle nicht die LEG, sondern lediglich Wohnungen der LEG veräußern, konterte Staatssekretär und LEG-Aufsichtsratsvorsitzender Günter Kozlowski. Dabei spiele das Geschäftsergebnis keine Rolle. Weiterhin sei es auch nicht Aufgabe der Landesregierung, die Bilanzpolitik der Landesentwicklungsgesellschaft zu kommentieren.

Sehr wohl müsse die Regierung aber doch eine Strategie zur LEG haben, forderte Ex-Minister Dr. Axel Horstmann (SPD) Aufklärung – auch über die Wahrung von Mieterinteressen

beim Verkauf der Wohnungen. Er verwies auf die demnächst anstehende Debatte zu Kündigungs-sperrfristen und Umwandlungsverbot.

„Da muss sich kein Mieter Sorgen machen“, antwortete Bernhard Schemmer (CDU). Und Minister Wittke ergänzte, man sei derzeit noch mit dem Aufarbeiten der rot-grünen Hinterlassenschaft beschäftigt. Strategisch wolle man jedoch die LEG auf ihre Kernaufgaben zurückführen. Reichlich Diskussionsbedarf also für die nächsten Sitzungen.

Dann geht es aber nicht nur um die LEG, sondern um die nordrhein-westfälische Bau- und Verkehrspolitik allgemein. Wo er seine Schwerpunkte setzen will, stellte Wittke den Abgeordneten in seiner „kleinen Regierungserklärung“ vor. Einer Erklärung, die so klein gar nicht war: Immerhin 36 eng beschriebene Seiten umfasste das Manuskript, mehr als eine Stunde referierte der Chef des neu strukturierten Ressorts – unterbrochen lediglich durch eine heftige Geschäftsordnungsdebatte, da sein Manuskript nur Teilen des Ausschusses vorlag. Klarheit, Verlässlichkeit und mehr Effizienz, so der Minister, sollen seine Politik in Zukunft kennzeichnen.

In der Verkehrspolitik will er Schluss machen mit so genannten Leuchtturmprojekten, nicht „blind ein Verkehrsmittel bevorzugen“. Wittke setzt auf eine „ausgewogene

Optimierung der Infrastruktur“. „Städte werden nur mit ÖPNV und dem Auto lebendig.“ Ein ganzes Paket an Forderungen formulierte er in Richtung Bund; EU-Richtlinien will er künftig nur noch 1:1 umsetzen. Und auch der Transrapid soll wieder auf die Tagesordnung, der Rhein-Ruhr-Express als Projekt der Public-Private-Partnership weitergedacht werden.

Nicht zuletzt, weil Wittke die staatlichen Spielräume als äußerst eng skizzierte. Alles stehe unter Finanzierungsvorbehalt, er wolle auch im Ausschuss keine festen Zusagen machen. Ein Grund sei auch, dass bei seinem Amtsantritt die Mittel für 2005 schon nahezu komplett ausgegeben gewesen seien, kritisierte der Minister seinen Vorgänger. Auch deswegen spielt laut Wittke die Haushaltssperre für die Ressorts Bauen und Verkehr kaum eine Rolle. Und bei einigen wichtigen Projekten – so für die WM 2006 – habe er selbst noch im Vorfeld Bewilligungsbescheide ausgestellt.

AUSGLEICHSABGABE

In der Wohnungspolitik sprach der Minister von einem dringend notwendigen Kurswechsel. Ziel müsse es sein, „Marktkräfte neu zu beleben und die mittelständische Wohnungswirtschaft zu stärken“. Im Detail will er sich wie schon sein Vorgänger vor allem den Problemen von Stadtflucht sowie der Aufwertung und Umstrukturierung von Wohnquartieren mit Blick auf alte Menschen und junge Familien widmen. Hierbei könne das Modell „Stadtumbau West“ mehr sein als ein bloßes Rückbauprogramm. Komplette überarbeitet werden sollen dazu die Städtebauförderungsrichtlinien. Die Ausgleichsabgabe werde abgeschafft, kündigte Wittke einen deutlichen Bürokratieabbau an.

„Ich habe Ihnen viel zugemutet“, entschuldigte er sich am Ende seines umfangreichen Vortrages bei den Abgeordneten. Aber durch den neuen Zuschnitt des Hauses habe er auch ein umfangreiches Programm zu vertreten. **vol**



Ehrenamtliches Engagement stärken und die Chancen des Sports als gesundheitsfördernde Maßnahme nutzen – zwei Ziele in der Sportpolitik der Landesregierung, über die Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP, L) dem Sportausschuss berichtet hat. Außerdem will man dem hohen Anteil von Nichtschwimmern mit einer Initiative zum Schwimmenlernen begegnen. Zum Kuratoriumsmitglied der Deutschen Sporthochschule Köln wurde in der Sitzung der Ausschussvorsitzende Axel Wirtz (CDU, r.) bestellt.

Foto: Schälte

Keine Bildung ohne Werte

Ministerin Barbara Sommer stellt Eckpunkte der Schulpolitik vor

Pragmatisch, systematisch und ohne Ideologie – so soll sie aussehen, die künftige Schulpolitik in NRW. „Allerdings ist Erziehung nie wertneutral“, mit dieser Feststellung bezog Schulministerin Barbara Sommer (CDU) bei ihrem ersten Auftritt im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) deutlich Position für „die christlichen Grundlagen und die Werte der Aufklärung“ als Sockel der Gesellschaft.



In ihrer „kleinen Regierungserklärung“ stellte die neue Schulministerin den Landtagsabgeordneten Eckpfeiler ihrer Arbeit in den nächsten fünf Jahren vor. Das wohl umfangreichste Projekt steht demnach schon im nächsten Frühjahr an, die Novelle des Schulgesetzes. „Unser Ziel ist die Einführung im Sommer 2006“, so Sommer.

Außerdem sprach sich die Ministerin für eine „begabtgerechte und individuelle Förderung“ aus und „ganz klar für ein gegliedertes Schulsystem“. Insbesondere die Hauptschule will die neue Regierung demnach „aus dem Schattendasein“ herausholen. Mehr Lehrer und mehr Ganztagsplätze lauteten dabei die Schlagworte im Schulausschuss. Allein in diesem Jahr, verkündete die Ministerin stolz, habe sie trotz Haushaltssperre beim Finanzminister 24 Millionen Euro locker gemacht.

Überhaupt sei die Bildung von der Haushaltssperre weitgehend ausgenommen. Keine Auswirkungen hat sie laut Sommer auf die Arbeit der Volkshochschulen, die 2400 durch

Pensionierung frei gewordenen Stellen habe man genauso besetzen können, wie 841 Lehramtsanwärterstellen. Für Vertretungsunterricht stünden den Bezirksregierungen 20 Millionen Euro zur Verfügung und selbst die Lehrerfortbildung sei zu 90 Prozent gesichert.

Ab 2007 müssen sich die Schüler in NRW auf ein Zentralabitur einstellen, die zentralen Prüfungen nach Klasse zehn sind bereits ab 2006 geplant. Englisch, so Sommer, wird in NRW demnächst ab der ersten Klasse unterrichtet. Und auch das Einschulungsalter will sie künftig herabsetzen. „Das können wir monats- oder auch zweimonatsweise machen“, kündigte die Ministerin an.

Einer selbstständigen Schule steht Barbara Sommer übrigens sehr positiv gegenüber, will beispielsweise Schulleiter zu Dienstvorgesetzten der Lehrer machen. Das Modell „Selbstständige Schule“ müsse sich aber ebenso einer Optimierung stellen, ebenso wie das Landesinstitut für Schule in Soest. Hier mangle es an Zusammenarbeit mit den Universitäten.

Flexibler will die Schulministerin künftig das Thema zweiter Berufsschultag handhaben. Hier sei durchaus eine Blockunterrichtslösung denkbar. Kein Pardon ließ sie in Sachen Kopftuch erkennen. Das werde es künftig an Schulen in NRW nicht mehr geben; sie kündigte ein schnelles Verbot an.

lösung der Schulbezirke, die Finanzierung von bis zu 13.000 erforderlichen neuen Stellen und die Zukunft der Gesamtschule bis zur Definition des Begriffes Begabung. Insbesondere der, wie gesagt wurde, zu enge Zeitplan für das Schulgesetz stieß auf Kritik. Hier brauche man ein ausführliches parlamentarisches Beratungsverfahren, mahnten SPD und Grüne an.

Das werde es geben, konterten CDU und FDP. Die Regierungsfractionen begrüßten die „sehr klare Rede“ der Ministerin. In den letzten acht Wochen sei mehr angefasst worden als in den fünf Jahren zuvor. „Heute ist nicht der Tag der Details“, mit dieser Bemerkung zeigte sich Ministerin Sommer – zum Ärger der Opposition – nicht bereit, auf die sehr umfangreichen Fragen zu antworten. „Ich habe mir allerdings alle Anregungen und Fragen notiert und werde sie nicht vergessen“, versprach sie. **vok**

Schülerstipendien

Fast jede dritte Schülerin und Schüler in NRW stammt aus Zuwandererfamilien. Aber nur fünf Prozent von ihnen schafft das Abitur. Damit sich das ändert, unterstützt das Land gemeinsam mit der Hertie-Stiftung das Studienprogramm START. Beginnend mit dem Schuljahr 2005/2006 werden erstmals landesweit Stipendien für 45 besonders begabte junge Menschen mit Migrationshintergrund ausgeschrieben. Schulministerin Barbara Sommer (CDU): „Wir dürfen diese Schülerinnen und Schüler nicht vergessen. Viel zu wenig wurde in der Vergangenheit gewürdigt, dass es auch in dieser Gruppe große Begabungspotenziale, soziales Engagement und überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft gibt.“ Auf dem Weg zum Abitur erhalten die Stipendiaten einen PC mit Internetzugang, monatlich 100 Euro Bildungsgeld und kostenlose Beratungsseminare und Bildungsangebote. Bewerbungsunterlagen gibt es unter www.start.ghst.de

ZEITPLAN

Ob das angesichts der Gleichbehandlung von Religionen verfassungsgemäß ist, daran hegen SPD und Grüne Zweifel. Überhaupt ging die Opposition in der Sitzung mit Ministerin Sommer hart ins Gericht. Zu kurz, eine Aneinanderreihung von Einzelprojekten ohne große Linie, so die Kritik. Amtsvorgängerin Barbara Schäfer (SPD) bescheinigte sogar „ein Armutszugzeug“. Was folgte war ein Sperrfeuer an Detailfragen – vom Grundschulgutachten über mögliche Mehrbelastungen durch Auf-



Gemeinsamer Blick in die Zukunft: Ministerin Barbara Sommer (CDU, l.) und Schulausschussvorsitzender Wolfgang Große Brömer (SPD, r.) am Rande der ersten Arbeitssitzung, in der die Ministerin ihr Programm für die 14. Legislatur vorstellte. **Fotos: Schälte**

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist für den 26. September 2005 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) hat im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) die Anzahl der Jugendlichen, die in NRW einen Ausbildungsplatz suchen, im August auf 35.500 beziffert. Ihnen stand ein Angebot von knapp 10.000 gemeldeten offenen Stellen gegenüber. Bis Ende September sei mit 10.000 bis 12.000 unvermittelten jungen Menschen zu rechnen bei knapp 3.000 offenen Stellen. Auch das Land werde sein Ausbildungsangebot ausweiten, kündigte der Minister an. Er würdigte die große Ausbildungsleistung der Wirtschaft und sagte zu, den „sehr gut funktionierenden“ Ausbildungskonsens fortzusetzen. Außerdem teilte er dem Ausschuss mit, dass der bürokratische Aufwand für Ausbildung durch kleine Betriebe deutlich gesenkt werden soll. Laumann zu einem wichtigen Schwerpunkt seiner Politik: „Jugend- arbeitslosigkeit soll in den nächsten Jahren zu einem Fremdwort werden.“

+++

Die frauenpolitische Sprecherin der Grünen, Barbara Steffens, regte in der jüngsten Sitzung des **Ausschusses für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU) an, die Wanderausstellung „Ohne Glanz und Glamour – Prostitution und Frauenhandel im Zeitalter der Globalisierung“ von Terre des Femmes e.V. im Landtag auszustellen. Landtagspräsidentin und Ausschussmitglied Regina van Dinther erklärte sich spontan bereit, die Wanderausstellung einzuladen.

+++

Bei der Zahl der Organspenden ist NRW immer noch Schlusslicht unter den Ländern. Das will die Landesregierung ändern und hat deshalb beim Landesgesundheitsministerium eine „hochrangige“ Arbeitsgruppe eingerichtet, um auf diesem Gebiet eine deutliche Verbesserung zu erreichen. Diese Gruppe soll ihre Vorschläge bis Januar kommenden Jahres

vorlegen, erklärte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) im **Gesundheitsausschuss** des Landtags.

+++

Insgesamt 15 Wahleinsprüche gegen die Landtagswahl vom 22. Mai sind beim Innenministerium eingegangen. Diese beschäftigten jetzt den **Wahlprüfungsausschuss** (Vorsitz Hannelore Kraft, SPD). 14 Einsprüche stammten von Einzelpersonen. Diese wies der Ausschuss allesamt als unzulässig zurück, da die im Wahlprüfungsgesetz vorgeschriebenen Auflagen nicht erfüllt worden sind. Das Gesetz schreibt vor, dass eine Privatperson dem Wahleinspruch eine von mindestens 50 weiteren wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnete und vom Wahlamt beglaubigte



Illustration: h2m

Liste beifügen muss. Ebenso wenig Erfolg hatte eine Partei mit ihrem Wahleinspruch. Der Ausschuss schloss sich der Meinung des Innenministeriums an, das den Einspruch als unbegründet zurückgewiesen hatte.

+++

Über die Pläne der Landesregierung, den Kulturförderetat des Landes bis zum Jahr 2010 verdoppeln zu wollen, unterrichtete Kulturstatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU) den **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD). Ziel sei es dabei, langfristige Planung zu ermöglichen und den „Druck der reinen Zahlen“ von den Einrichtungen zu

nehmen. Weiter wolle man die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Land ausbauen sowie die kulturelle Bildung fördern.

+++

Nachspiel zur Plenardebatte im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD): Sind die 1.000 neuen Lehrerstellen echte neue Stellen oder nur die übliche Anpassung an eine gestiegene Schülerzahl zum Schuljahresbeginn? SPD und Grüne hielten Schulministerin Barbara Sommer (CDU) vor, keinesfalls 977 zusätzliche Stellen geschaffen zu haben. Echte zusätzliche Stellen müssten sich, so die Opposition, auf das Zahlenverhältnis Lehrer-Schüler auswirken. „Zusätzlich ist zusätzlich“, konterte die Ministerin. Ohne sie, so ihre Argumentation, wären diese Arbeitsplätze nämlich nicht geschaffen worden. „Und dann hätten wir einen Unterrichtsausfall von sechs statt fünf Millionen Stunden gehabt.“

+++

Vier Mitglieder hat der **Ausschuss für Haushaltskontrolle** (Vorsitz Rolf Seel, CDU) in die Kommission zur Prüfung der Haushaltsrechnungen des Landesrechnungshofs (LRH) bestellt. Die Kommission setzt sich aus dem Ausschussvorsitzenden Seel sowie den jeweiligen Sprechern Stephan Gatter (SPD), Dr. Stefan Romberg (FDP) und Rüdiger Sagel (GRÜNE) zusammen.

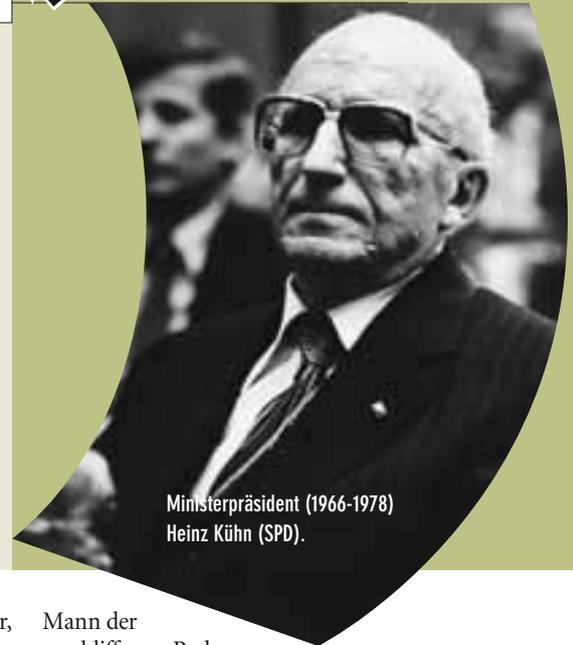
+++

Nein zur erneuten Anhebung der Bahnpreise im Nahverkehr – darin waren sich alle Fraktionen im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) einig. Einstimmig verabschiedeten sie eine entsprechende Resolution. Wobei man sich ebenfalls einig war, als Land eine Fahrpreiserhöhung der Bahn nicht verhindern zu können. „Das ist ein alljährlich wiederkehrendes Schauspiel“, beklagte Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU): „Die Bahn beantragt, die Länder lehnen ab und am Ende genehmigt der Bundesverkehrsminister die Preiserhöhung doch.“ Damit diese Ohnmacht des Landes im Verfahren auch deutlich wird, will Wittke statt der Pro-Forma-Genehmigung durch das Land nur noch eine Anzeigepflicht seitens der Bahn und die alleinige Entscheidungsverantwortung beim Bund.

„Sie waren ein guter Demokrat“

Vor gut einem Vierteljahrhundert: Heinz Kühn tritt zurück

„Sie haben sich mit Ihrer Arbeit für unseren Staat eingesetzt, ihn vertreten und verteidigt und dadurch unsere parlamentarische Demokratie lebensfähig gemacht.“ Und weiter: „Sie waren ein guter Demokrat.“ Einer zudem, der Standfestigkeit bewiesen habe: „Mir ist Ihr Auftreten bei den Bergleuten in Huckarde noch in Erinnerung. Der Mut in der Sache gehört zu Ihrem Charakterbild.“ Am Ende: „So sage ich denn im Namen des gesamten Landtags Ihnen Dank für Ihre Arbeit an verantwortlicher Stelle in der Politik der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben Ihr Bestes gegeben, und vieles wird als objektiv gut in die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen eingehen.“



Ministerpräsident (1966-1978)
Heinz Kühn (SPD).

Mit diesen Worten würdigte Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz (CDU) den scheidenden Ministerpräsidenten Heinz Kühn (SPD). Das war in der Plenarsitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 20. September 1978. In dieser Sitzung hatte der Sozialdemokrat Kühn nach 12-jähriger Amtszeit als Ministerpräsident seinen Rücktritt erklärt. Es gab keine Unterbrechung: Noch am selben Tag wählten die Abgeordneten Johannes Rau (SPD) zu seinem Nachfolger.

Heinz Kühn (1912-1992) stellte sein Amt nicht ganz freiwillig zur Verfügung. Es hatte im Vorfeld eine unschöne Affäre gegeben, die mit dem Namen Ludwig Poullain von der Westdeutschen Landesbank verbunden war. In der Schulpolitik hatte die SPD-Fraktion mit ihrer Niederlage beim Koop-Volksbegehren eine ziemliche Schlappe erlitten. Es war ausgemacht, dass Kühn in der laufenden Legislaturperiode den Stab an einen Nachfolger weiterreichen würde, damit der sich dann für die anstehende Landtagswahl im Mai 1980 profilieren konnte. So plauderte dann der Amtsinhaber am Kamin vor Journalisten (vielleicht ein wenig zu arglos) über seine fünf möglichen Erben – und setzte damit eine Diskussion in Gang, der er nicht mehr Herr

wurde. Rängeleien der möglichen Nachfolger, Anfeindungen in der SPD-Fraktion und Auseinandersetzungen mit den Jungsozialisten, eine schwankende Haltung in der Frage von Extremisten im öffentlichen Dienst, keine glückliche Hand bei geplanten Personalentscheidungen und Zoff mit dem Koalitionspartner FDP – dies alles und massive gesundheitliche Probleme ließen Kühn die Fäden der Macht entgleiten.

In seiner Abschiedsrede vor dem Landtag blickte er dennoch ohne Zorn auf die 22 Jahre seiner Arbeit im Landtag zurück: „Ich danke dem ganzen Hohen Hause für Zuspruch und Widerspruch, für Freundschaft und Gegnerschaft. Jeder hat sein Bestes zu geben versucht, auch ich.“ Kühn wies auf die Lage hin: „Kein Land hat eine solche Fülle von Herausforderungen zu bestehen wie dieses traditionelle Industrieland der weltwirtschaftlich bedrängtesten Rohstoffe Kohle und Stahl.“ Gemeinsam habe man sich um die Lösung dieser Probleme bemüht, nicht alles sei gelungen, aber „wir können selbstbewusst im Leistungswettbewerb mit jedem Bundesland bestehen“.

Quasi als Vermächtnis gab er Parlament und Öffentlichkeit die Philosophie mit auf den Weg, die den Arbeitersohn, Emigranten, den

Mann der geschliffenen Rede und des politischen Dialogs sein Leben lang als Mensch und Politiker prägte. „Ich habe oft meine Lebenserfahrung bekundet“, erklärte er, „und will dies wiederholen: Dass die Wahrheit in einer Sache sich aus vielen Teilwahrheiten zusammensetzt, die man von allen Parteien anzunehmen bereit sein muss und nicht nur bei sich selber suchen darf.“ Kühn, der politische Gegnerschaft, aber keine Feindschaft kannte, zur Machtbalance in einem Parlament: „Koalition und Opposition sind die beiden Seiten der Medaille Demokratie. Grundsätzlich sind sie gleichwertig, wenn auch andersartig, gleich bedeutsam jedoch für die Menschen, die sich der Demokratie anvertraut haben.“

JK

Mut in Huckarde

Am 21. Oktober 1967 kochte die Volksseele im Ruhrgebiet: Zwei moderne und produktive Zechen, Hansa in Dortmund und Pluto in Wanne-Eickel, sollten geschlossen werden. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie rief zur Protestveranstaltung auf dem Marktplatz von Dortmund-Huckarde. Die Stimmung unter den Bergleuten war hochexplosiv: Sie befürchteten weitere Schließungen und sahen ihre Existenz und die ihrer Familien gefährdet.

Angesichts dieser Lage lehnten es Bundespolitiker ab, auf der Kundgebung zu sprechen. Ratgeber des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn (SPD) legten ihm dringend nahe, ebenfalls nicht nach Huckarde zu fahren. Kühn wischte die Bedenken zur Seite und nahm nur einen Ersatzanzug mit – für die befürchteten Eier- und Tomatenwürfe.

Vor 15.000 empörten Menschen, die Transparente wie „Kühn und Schiller – Zechenkiller“ hochhielten, kletterte der Ministerpräsident aufs Rednerpult. Er wurde mit Buh-Rufen und Pfiffen empfangen. Aber es gelang Kühn, die Erregung zu dämpfen. Am Schluss erhielt er sogar Beifall, er versprach, in Bonn bei der Bundesregierung eine harte Sprache zu sprechen, um dem Revier zu helfen: „Keine Stilllegung ohne neue, gleichwertige Arbeitsplätze!“ Bundeswirtschaftsminister Schiller lenkte schließlich ein.



Bittere Minuten vor den Augen der Öffentlichkeit: Heinz Kühn bei seinem Rücktritt.

Fotos: Archiv des Landtags

CDU

Erfolgreicher Start der Landesregierung

Dr. Jürgen Rüttgers und seine Mannschaft haben einen fulminanten Start hingelegt“, kommentierte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Stahl, die Bilanz der ersten Wochen der neuen Landesregierung. Hierbei habe sich die Regierung und die CDU-Fraktion an den eigenen Aussagen im Wahlkampf orientiert: „Wir haben nach der Wahl das umgesetzt, was wir vor der Wahl versprochen haben.“ Besonders stolz ist man in der Fraktion über die ersten Erfolge in der Schulpolitik. Stahl: „Jahrelang hat Rot-Grün einen massiven Unterrichtsausfall hingenommen. Mit einer großen Kraftanstrengung haben wir dafür gesorgt, dass zu Beginn des neuen Schuljahres 1.000 zusätzliche Lehrer den Unterrichtsausfall bekämpfen. Das ist eine großartige Leistung der Koalition der Erneuerung.“



Ein weiterer Schwerpunkt der Regierung von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders bei den Jugendlichen. Hier will die Landesregierung eine dritte Säule der Berufsausbildung einführen. „Wir müssen besonders den theorieschwachen Jugendlichen eine Perspektive geben. Die Einführung einer dritten Ausbildungssäule bietet die Möglichkeit, die praktischen Begabungen dieser jungen Menschen zu fördern. Hierdurch erhalten sie wichtige Qualifikationen für eine Integration in den regulären Arbeitsmarkt“, erklärte Stahl.

SPD

Hannelore Kraft: Studenten werden betrogen

Dr. Jürgen Rüttgers persönlich hat im Wahlkampf und im Koalitionsvertrag den jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen versprochen, dass Bafög-Empfänger keine Studiengebühren bezahlen müssen. Jetzt gilt das nicht mehr. Das ist Betrug an den Studenten. Versprochen gebrochen, Herr Rüttgers“, kommentierte die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Hannelore Kraft, die Ankündigung der Landesregierung, bei der Einführung von Studiengebühren in NRW alle Bafög-Bezieher dennoch mit 1.000 Euro Schulden im Jahr zu belasten. Nur ein Teil von ihnen wird diese Gebühren später nicht als zusätzlichen Schuldenberg abstoßern müssen. Die Landesregierung betreibe mit den Studiengebühren einen schwarz-gelben Ideologie-Feldzug auf dem Rücken der Studierenden, kritisierte die SPD-Fraktionsvorsitzende: „Studiengebühren erhöhen die sozialen Barrieren für eine akademische Ausbildung. Studium wird stärker eine Frage des Geldes als der Begabung. Das ist sozial ungerecht und schlecht fürs Land. Denn ein innovatives und starkes Nordrhein-Westfalen braucht mehr und nicht weniger hochqualifizierte junge Menschen.“

Neben den Studierenden seien aber auch die Hochschulen die Verlierer bei Schwarz-Gelb. Die Landesregierung schiebe den Hochschulen die Verantwortung für die Umsetzung der Studiengebühren zu und lasse sie mit dem Bürokratie- und zu erwartenden Klageberg allein. Darüber hinaus erhielten die Hochschulen, ebenfalls anders als von Rüttgers versprochen, nicht die kompletten Einnahmen aus den Studiengebühren. „Die NRW-Hochschulen sollten sich gut überlegen, ob sie dieses vergiftete Geschenk von Rüttgers/Pinkwart wirklich annehmen“, so Kraft.

GRÜNE

Grüne auf der Landesgartenschau in Leverkusen

Besuchszahlen von fast 500.000 sprechen für sich: Die Landesgartenschau ist ein Erfolgsprojekt. Auf einer ehemaligen Halde, einem hochgradig verschmutzten Gebiet, konnte innerhalb weniger Jahre eine grüne Oase geschaffen werden, die Pflanzen und Tieren ein zu Hause gibt und Menschen einen einzigartigen Naherholungsraum bietet. Zudem bedeutet sie auch einen wirtschaftlichen Schub für die ganze Region.



Da wollte es sich die GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann nicht nehmen lassen, selbst Erde und Schüppe in die Hand zu nehmen. Zusammen mit Michael Gotschika vom Landesverband Garten, Landschafts- und Sportplatzbau kümmerte sie sich um einen Amberbaum. Außerdem diskutierten sie über die Situation der Branche. So wurde die hohe Zahl der Auszubildenden von allen Seiten begrüßt, aber auch auf wirtschaftliche Probleme hingewiesen. Insgesamt ein gelungenes Bekenntnis zu einer erfolgreichen Kombination aus Ökologie, Wirtschaft und Erholung.

FDP

Windkraftanlagen-Erlass: Mehr Schutz für Anwohner

Die Nutzung der Windenergie in NRW wird künftig neu gestaltet. CDU und FDP hatten bereits im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die Nutzung der Windenergie in NRW umgehend korrigiert werden muss. Mit dem Anfang September von der Landesregierung vorgelegten Windenergie-Erlass ist nun ein Kernanliegen der FDP und der Koalitionsvereinbarungen in die Tat umgesetzt worden. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist das Ergebnis ein voller Erfolg. „Für uns war und ist es ein besonderes Anliegen, dass in NRW endlich eine sachgerechte Abwägung hinsichtlich der Nutzung von Windenergie erfolgt, die den Lebensbedürfnissen der Menschen – insbesondere im ländlichen Raum – und dem Landschaftsschutz Rechnung trägt“, erklärte Dr. Gerhard Papke, Vorsitzender der FDP-Fraktion. Der neue Windkraft-Erlass werde in erheblichem Maß dazu beitragen, dass von Rot-Grün verursachte Konfliktpotenzial zu reduzieren. Papke wies darauf hin, dass die übermäßige Privilegierung und die extreme Überförderung der Windkraft mit einer Bundratsinitiative zum Baugesetzbuch und zum Erneuerbare-Energien-Gesetz bereinigt werden sollen. „Die FDP-Fraktion ist für den Einsatz von regenerativen Energien, auch der Windkraft – aber nur dort, wo ihr Einsatz auch sinnvoll ist. In NRW ist das definitiv nicht der Fall. Der unkontrollierte Wildwuchs von Windkraftanlagen in NRW wird mit dem Maßnahmenpaket der schwarz-gelben Koalition ein Ende haben“, betonte Papke. „Insbesondere dem vorbeugenden Schutz der Anwohner vor Lärm und Schattenwurf wird mit dem neuen Erlass ein hoher Stellenwert eingeräumt“, fügte der FDP-Umweltexperte Holger Ellerbrock, hinzu.



Porträt der Woche: Dr. Michael Vesper (GRÜNE)

Kochen mit Alfred Biolek, Talkshows im Fernsehen und beinahe täglich Interviews im Hörfunk – die Zeiten, in denen Michael Vesper ein gefragter Gast für jede Form von Unterhaltung und Information war, sind erst einmal vorbei. Zehn Jahre war der 53-jährige grüne Politiker Minister in Düsseldorf, zuständig unter anderem für Bauen, Sport und Kultur, und ebenso lange Stellvertreter der Ministerpräsidenten Johannes Rau, Wolfgang Clement und Peer Steinbrück. „Ich will nicht kokettieren und so tun, als würde man den Machtverlust leicht wegstecken“, beschreibt Vesper seine Empfindungen seit dem 22. Mai, „aber eine persönliche Katastrophe ist das für mich wirklich nicht. Ich kann damit umgehen.“

Der Blick zurück fällt dem promovierten Soziologen auch deswegen leicht, weil er stolz ist auf eine Reihe von Ergebnissen seiner zehnjährigen Arbeit als Minister. Dazu zählt er in erster Linie die Ruhr-Triennale, die von der neuen Landesregierung weiter unterstützt wird, dazu gehört die Sportstiftung NRW, die junge talentierte Sportler fördert, dazu gehört auch die Initiative Stadtbaukultur, die dazu beigetragen hat, dass Baukultur in den Städten überhaupt wieder zu einem Thema geworden ist. Und wenn irgendwann in den nächsten Jahren die 50. Solarsiedlung in NRW fertig gestellt und bezogen wird, dann wird sich vielleicht noch der eine oder andere Bauherr daran erinnern, dass es Vesper und sein Ministerium waren, die den Anstoß zu diesen Siedlungen gegeben haben.

Aus anderen Plänen ist nichts geworden, teils aus Geldmangel, teils weil widrige Um-

stände dazwischen kamen. Einige Landesministerien sind immer noch über ganz Düsseldorf verteilt, der Traum von einem modernen Regierungsviertel im Schatten von Stadttor und Fernsehturm ließ sich nicht verwirklichen. Die Kunstsammlung NRW harrt nach wie vor der Erweiterung und aus den Olympischen Sommerspielen an Rhein und Ruhr ist nichts geworden, auch wenn Vesper heute noch stolz darauf ist, dass bei der Bewerbung die ganze Region zusammengestanden und für die Spiele gekämpft hat.

OPPOSITIONSROLLE

Nur kurz hat Vesper nach der für SPD und Grüne verlorenen Landtagswahl mit dem Gedanken gespielt, aus der Politik auszusteigen, mit 53 Jahren noch mal etwas Neues, Anderes anzufangen. Opposition, das hatte er ja schon fünf Jahre in Düsseldorf gehabt und auch in den Jahren davor, als er in Bonn als angestellter Geschäftsführer der Bundestagsfraktion der Grünen tätig war. „Aber ich bin zu der Überzeugung gekommen, dass ich die neue Rolle voll und ganz annehme, auch um den früheren Oppositions- und heutigen Regierungsparteien zu zeigen, wie man gute Oppositionspolitik macht“, fügt er mit einem Lächeln hinzu.

Und seine Familie profitiert davon, dass der Terminkalender des Landtagsvizepräsidenten nicht mehr so dicht gefüllt ist wie der des Vize-ministerpräsidenten. „Ich habe mehr Zeit für meine Frau und die großen und kleinen Kin-

der, kann jetzt sogar wieder selbst zum Elternabend gehen.“ In der neuen Funktion will Vesper dazu beitragen, dass die Debatten im Parlament lebendiger werden und der Landtag sich in die Regionen und für die Regionen öffnet. „Wir vertreten 18 Millionen Menschen“, sagt Vesper selbstbewusst, „da brauchen wir uns nicht hinter dem Bundestag oder dem Europäischen Parlament zu verstecken.“

Vesper, der den Vorsitz des Innovationsausschusses übernommen hat und zusätzlich als sportpolitischer Sprecher der Grünen auftritt, will sich künftig verstärkt an der Diskussion grundsätzlicher Fragen beteiligen, von der Parlamentsreform über das Gespräch mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften bis zur Debatte über den künftigen Weg seiner Partei, den Grünen. „Wir müssen uns auf unseren Themenfeldern behaupten – Ökologie, demokratische Kultur, Innovation, Solidarität. Daran will ich mitarbeiten.“

*Autor:
Peter Jansen*



Erhobenen Hauptes vom Platz gegangen

Die erste Halbzeit im Match gegen die KAB Ewaldi konnte der FC Landtag NRW mit Spielführer Bernhard Tenhumberg in Bocholt ausgeglichen gestalten. Die KAB hatte zwar mehr Chancen als der FCL; allerdings hatte dieser die größte der ersten 35 Minuten, doch Werner Mayers Kopfstoß verfehlte knapp das Ziel. Es war eine perfekte Vorbereitung durch seinen Sohn Thomas, der sich auf dem linken Flügel durchgesetzt und eine butterweiche Flanke an den Fünf-Meter-Raum geschlagen hatte. Leider blieb das familiäre Zusammenspiel ohne Erfolg.

Zu kritisieren war beim FCL, dass die Verbindung zwischen Abwehr und Angriff nicht so recht klappte und dass er sich eine Minute vor dem Pausenpfiff doch noch einen einschenken ließ. Und doch präsentierte sich das Team in der zweiten Halbzeit kämpferisch, setzte sich gegen eine nun stark verjüngte gegnerische KAB-Mannschaft eindrucksvoll

zur Wehr, wobei vor allem die FCL-Abwehr Schwerstarbeit zu leisten hatte.

Fünf junge laufstarke KAB-Leute erhöhten den Druck auf den FCL; es war unter diesen Bedingungen erstaunlich, wie lange der FCL mit einem überzeugenden Keeper Rene Markgraf weitere Gegentore zu verhindern wusste. Es bedurfte einer Standardsituation, damit der FCL weiter in Rückstand geriet: Ecke – Kopfball, der vom Innenposten unhaltbar ins Netz spritzte. Schließlich ließ sich dann auch das 0:3 nicht verhindern. Nach einer Flanke trudelte der Ball die FCL-Torlinie entlang, Werner Sesterhenn und Bernd Heimfarth versuchten verzweifelt, das Leder zu entsorgen, von hinten jedoch rauschte ein KAB-Stürmer heran.

Unterm Strich aber hat sich der FC Landtag sehr achtbar aus der Affäre gezogen. Der Reinerlös wird der Lebenshilfe Bocholt e.V. sowie jungen Familien zugute kommen.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 15. bis 29. September 2005

15.9.	Dr. Stefan Berger (CDU)	36
16.9.	Britta Altenkamp (SPD)	41
17.9.	Anke Brunn (SPD)	63
17.9.	Gerd Hachen (CDU)	53
21.9.	Dieter Hilser (SPD)	52
26.9.	Winfried Schittges (CDU)	59
27.9.	Jens Petersen (CDU)	35
27.9.	Monika Ruff-Händelkes (SPD)	45
29.9.	Svenja Schulze (SPD)	37

Erika Steinke, CDU-Landtagsabgeordnete von 1954 bis 1966, hat bei guter Gesundheit ihren 100. Geburtstag gefeiert. Dazu überbrachte ihr Landtagspräsidentin Regina van Dinther ihre persönlichen und die Glückwünsche des Landesparlaments. Erika Steinke hat als Lehrerin gearbeitet und sich nach Vertreibung aus dem Sudetenland stark für die Belange von Vertriebenen eingesetzt. Sie hat im Rat der Stadt Herford mitgewirkt und war an führender Stelle in der Frauenunion tätig. Die Präsidentin betonte in ihrer Rede, dass sich Erika Steinke „in außerordentlicher Weise um den Aufbau und die Festigung der damals noch sehr jungen Demokratie im Westen Deutschlands verdient gemacht hat“. Sie habe auch entscheidend die CDU mitgeprägt. Dafür gebührten ihr „Respekt, Anerkennung und unser aufrichtiger Dank“.

Augustinus Heinrich Graf Henckel von Donnersmarck ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Von 1985 bis 2000, war er Leiter des Katholischen Büros, Kommissariat der Bischöfe Nordrhein-Westfalens bei Landtag und Landesregierung. Ab 1996 beriet das Mitglied des Prämonstratenserordens Unternehmen in Fragen der Wirtschaftsethik, hielt Vorträge und leitete Seminare. Henckel-Donnersmarck, der an der Päpstlichen Universität Gregoriana studiert hat, gehört zu den Mitbegründern der Abtei Hamborn. Dort war er nach der Priesterweihe zunächst als Stiftskämmerer, Seelsorger und Gymnasiallehrer tätig.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 29. September 2005 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



„Kinderlärm ist Zukunftsmusik“

... findet Landtagspräsidentin Regina van Dinther. Auch der Landtag beteiligt sich am 51. Weltkindertag, der in Düsseldorf am 18. September gefeiert wird. Unicef und Stadt Düsseldorf organisieren ein großes Fest zwischen Rathausplatz und Landtag. Entlang des Rheins wird es bunt zugehen. Verschiedene Themengebiete, etwa „Kind und Buch“ und „Kind und Ernährung“ laden zum Verweilen ein. Ebenso die Ausstellungen in der Bürgerhalle des Landtags, mit den Titeln „Trinkwasser“, „Schule aus Kindersicht“ und „Bildung in Tageseinrichtungen für Kinder“. Auf der Landtagswiese werden Spiel und Spaß für die jungen Gäste angeboten. Neben aller Unterhaltung soll der ernste Hintergrund des Weltkindertages nicht vergessen werden. Dies betonten die Landtagspräsidentin (r.) und Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin (M.) und wiesen auf die vielen Kinder hin, die weltweit in Armut leben. Zusammen mit Brigitte Herzmann (l.) von Unicef Düsseldorf und Moderator Dirk Elbrächter (2.v.l.) hissten sie die erste Weltkindertagsfahne auf dem Rathausplatz der Landeshauptstadt.

Foto: Schälte